Protokoll der 49. Sitzung (öffentlicher Teil)

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Sonntag, dem 25. Januar 1998, Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Herausforderungen und Perspektiven der Vergangenheitsaufarbeitung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Eröffnung
Rainer Eppelmann 888
Jirí Gruša 892

Vorträge
Ist die Aufarbeitung der Vergangenheit eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Etablierung von Demokratie und Rechtsstaat?
Richard Schröder 895
Anna Wolff-Poweska 904

Diskussion 913

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Sehr verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit großer Freude heiße ich Sie alle an diesem Sonntagmorgen hier in Berlin willkommen. Mein besonderer Willkommensgruß und Dank gilt unseren ausländischen Gästen und Freunden, die in großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind. Nicht minder groß ist die Zahl der eingeladenen Deutschen, die an dem Thema, mit dem wir uns heute und morgen befassen werden, besonders interessiert sind. Auch sie, vielfach Mitstreiter unserer Kommission, begrüße ich auf das allerherzlichste.

Mit dieser internationalen Konferenz schließt die Enquete-Kommission die Reihe ihrer öffentlichen Veranstaltungen ab. Sie wird in den nächsten Monaten in Klausur gehen, um ihren Abschlußbericht zu verfassen, den sie im Juni dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit übergeben wird – so hoffen wir zumindest. Damit wird eine Arbeit an ihr Ende gelangen, die im Frühjahr 1992 mit der Einrichtung der ersten Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ begann, also insgesamt etwa sechs Jahre gedauert hat.

Das Thema dieser Sitzung bildet, so meine ich, den logischen und angemessenen Abschluß dieser Arbeit: Herausforderungen und Perspektiven der Vergangenheitsaufarbeitung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Zum Schluß ist es nur logisch und angemessen, wenn die Kommission den Blick über die deutschen Verhältnisse hinweghebt und zusammen mit Vertretern aus Ländern, die über vierzig Jahre Schicksalsgenossen der DDR waren, Probleme, Stand und Zweck der Vergangenheitsaufarbeitung erörtert. Es geht zum einen um die Frage, wo wir mit der Aufarbeitung stehen und wie sie jeweils geleistet wird, und zum anderen um die Frage, was wir voneinander lernen und wie wir uns gegenseitig unterstützen können.

Wir Deutschen haben in diesem Jahrhundert zwei totalitäre Regime erlebt. Das eine, der Nationalsozialismus, war selbstgewählt, das andere von der Sieger- und anfänglichen Besatzungsmacht Sowjetunion implantiert, von deutschen Gesinnungsgenossen dann allerdings auch willig exekutiert. In ganz Europa wird heute die Frage diskutiert, ob es zulässig ist, die faschistische und die kommunistische Diktatur unter einem Oberbegriff zusammenzufassen, dem Begriff „totalitär“ bzw. „Totalitarismus“.

Mir scheint, am Ende dieses 20. Jahrhunderts herrscht ein großer Bedarf, das Zeitalter auf einen Begriff zu bringen. Das 20. Jahrhundert also das Jahrhundert der totalitären Diktaturen? Ich denke, zumindest einstweilen wird es wohl bei dieser Begrifflichkeit bleiben. Sie hilft uns, die wir diesem mörderischen Jahrhundert entronnen sind, unsere Erfahrungen zu ordnen und daraus die Lehren für die Zukunft unserer Völker zu ziehen. Diese Lehren lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen: Menschenrechte, Rechtsstaat, freiheitliche Demokratie.

Nach 1989/1990 standen wir in Deutschland zum zweitenmal vor dem Problem, ein totalitäres Regime juristisch, personell und politisch-moralisch aufzuarbeiten. Doch bald schon zeigte sich, daß aus der Vergangenheitsbewältigung der Westzonen und der frühen Bundesrepublik wenig für die neue Situation zu lernen war und aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR schon gar nichts.

Das nationalsozialistische Regime war im Gefolge einer militärischen Niederlage zusammengebrochen, das kommunistische im Gefolge einer demokratischen Revolution. Nicht das ganze Deutschland stand wie 1945 vor den Resten einer totalitären Herrschaft, sondern nur ein Teil, während der andere Teil, Westdeutschland, die Bundesrepublik, zur Aufnahme und zur Hilfestellung bereitstand. Diese Konstellation gab und gibt bis heute der Aufarbeitung der SED-Diktatur ihr eigenes Gepräge, aber auch – wie ich hinzufügen muß – spezifische Probleme.

Die Protagonisten der Bürgerbewegung, die 1989/90 die SED-Diktatur mit zu Fall brachte, schrieben gleich nach dem Umbruch das Thema Aufarbeitung auf ihre Fahnen. Vor allen Dingen sorgten sie dafür, daß die Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR für die Betroffenen geöffnet wurden. Dies geschah durch

das sogenannte Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 20. Dezember 1991, das die Akten auch für die zeithistorische Forschung öffnete.

Von vielen, insbesondere auch in Westdeutschland, war befürchtet worden, der Einblick in die Akten, in Spitzeltätigkeit und Zersetzungsmaßnahmen werde zu Mord und Totschlag führen. Solche Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Vielmehr öffneten die Akten vielen die Augen über die wahre Natur des SED-Regimes. Sie offenbaren eine hochgradig synthetische Scheinwelt, die in ihrer Bösartigkeit und Abstrusität auch schon wieder Züge des Lächerlichen trägt. Jemand hat gesagt, diese Akten schrien nach einem Shakespeare. Daran ist wohl viel Wahres. Für den nachträglichen Betrachter bezeugen diese Hinterlassenschaften das Selbstverständnis, das Menschen- und Weltbild sowie die Vorgehensweise eines disziplinierten bürokratischen Apparates im Dienste eines Regimes, das permanent um seine Existenz bangte und wohl auch bangen mußte.

Da auch die übrigen Akten der DDR, der Parteien, allen voran der SED, der Massenorganisationen und Regierungsstellen größtenteils für die zeithistorische Forschung zur Verfügung stehen, erleben wir in den letzten Jahren einen beispiellosen Forschungsboom. Dazu dürfte auch, wie es beabsichtigt war, die 18bändige Edition der „Materialien“ beigetragen haben, die die Arbeit der ersten Enquete-Kommission des Bundestages dokumentiert. Inzwischen dürfte die DDR neben der NS-Zeit zu den besterforschten Partien der deutschen Geschichte zählen.

Aber wie steht es mit der breiten Öffentlichkeit, mit der justitiellen Aufarbeitung verübten Unrechts, mit der Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer, mit dem Austausch des ehemals führenden Personals in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft? Die Fragen würden eine differenzierte und ausführliche Antwort erfordern, die ich hier aber nicht geben kann. Ich erlaube mir, nur einen Punkt herauszugreifen.

Eines haben die justitielle Aufarbeitung und die Entschädigung vieler Opfer gemeinsam: Weder kann die Justiz einzelne Repräsentanten des Regimes für das Verstellen und Verpfuschen der Lebenschancen von Millionen Menschen zur Rechenschaft ziehen, noch kann nachträgliche, immer unzureichende Entschädigung den Verlust von individuellen Lebenschancen jemals ausgleichen. Da bleiben ein Stachel und ein Ungenügen, denen nicht beizukommen ist. Nebeneinander und miteinander leben heute im vereinten Deutschland systemisch ganz unterschiedlich geformte und ausgestattete Menschen mit ihren Lebensgeschichten. Jeder von ihnen beansprucht seine persönliche Würde, doch sie können einander nur schwer und mühsam verstehen.

Das ist die Kehrseite des Glücks der gescheiterten DDR, von der Bundesrepublik aufgefangen worden zu sein. Diese Kehrseite hat ihre Bedeutung auch für die historische Aufarbeitung der DDR. Nicht wenige im heutigen Ostdeutschland, nicht nur unbelehrbare Hinterbliebene des alten Regimes, wollen nichts mehr von der Aufarbeitung hören, da sie sich von ihr belästigt fühlen. Da kommt dann

das Argument gelegen, die historische Aufarbeitung der DDR sei ein weiteres Mittel des Westens, die Ostdeutschen zu dominieren; es handle sich bei der Aufarbeitung um Siegergeschichte.

Dennoch bleibt der Impetus der Bürgerrechtsbewegung „Aufarbeitung tut not" richtig. Letztlich geht es um die historische Wahrheit, und ohne die kann es keine Versöhnung zwischen Tätern und Opfern geben. Versöhnung sollte in der Tat das oberste Ziel der Aufarbeitung sein, Versöhnung und Erinnerung. Denn ohne Erinnerung sind wir wesenlose Zombies, die jeder Manipulation anheimfallen können.

Erinnerung bildet Identität. Das gilt für den einzelnen wie für ganze Völker. Doch es darf keine falsche, keine konstruierte, keine lügenhafte und keine legendenhafte Erinnerung sein, die nur auf falsche Fährten lockt. Sie muß vielmehr wahrhaftig sein, nichts außer wahrhaftig; sie muß beglaubigt und belegt sein. Solange es die Zeitzeugen gibt – und Gott sei Dank gibt es davon noch eine große Menge –, gilt es, ihr Zeugnis zu bergen und zu bewahren. Dies scheint mir eine der vornehmsten Aufgaben der zeithistorischen Aufarbeitung zu sein.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, lange Zeit wurde der alten Bundesrepublik vorgehalten, sie habe es an der notwendigen Bewältigung der NS-Vergangenheit fehlen lassen. Solche Stimmen sind inzwischen nahezu verstummt. Lange wollten die Kritiker nicht wahrhaben, daß die Bundesrepublik Deutschland, die 1949 ins Leben trat, von Beginn an sehr prinzipiell, das heißt auch strukturell, die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hatte. Nicht nur, daß sie sich die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte gab, mit einem föderativen Staatsaufbau dazu, der glücklicherweise die frühere Unausgewogenheit vermied; sie tat ein übriges.

Sie vermaß gleichsam die europäische Topographie neu und bestimmte darin Deutschland einen Platz, der die herkömmliche Selbsteinschätzung und Selbstverortung des Deutschen Reichs in Europa hinter sich ließ. Sie löste sich von dem Ideal der absoluten Autonomie und Unabhängigkeit des Nationalstaates alter Prägung, wie es aus dem 19. Jahrhundert überliefert war und wie es die Bismarcklösung für Deutschland repräsentierte. Das Deutschland des Grundgesetzes sucht seinen Frieden und seine Zukunft in einer freiheitlichen, solidarischen Ordnung in Europa. Es begreift sich als deren Teilhaber, nicht als Zentralmacht in Europa, um die sich alles zu drehen hat.

Das Europa, welches das Grundgesetz sich vorstellt und uns zur Aufgabe macht, ist eine Gemeinschaft der selbstbestimmten Völker und Nationen. Mit der Bundesrepublik dieses Grundgesetzes haben sich die Deutschen der DDR, nachdem sie die totalitäre Diktatur abgeschüttelt hatten, vereinigt.

Das gerade hier in Berlin zu sagen erscheint mir notwendig. Ungeachtet der Entscheidung für Berlin als politische Hauptstadt kehrt Deutschland innerlich und äußerlich nicht zu seiner früheren Verfassung und Lage in Europa zurück. Deutschland ist – ich zitiere unseren früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker aus dem Jahre 1990 – „in der alten Bundesrepublik ein ganz und gar

westliches Land geworden, und dabei wird es nach der Vereinigung in vollem Umfang bleiben“.

Das stellt vor allem, um das wegen der besonderen historischen Hypotheken herauszugreifen, das deutsche Verhältnis zu dem hier in Berlin so nahen Polen auf eine geschichtlich völlig neue Basis. Zum erstenmal hat Polen ein ganz und gar westliches Deutschland zu seinem Nachbarn, ein Deutschland, das keine Ambitionen auf eine Hegemonie in Mitteleuropa hegt und sich auch keine Brükkenfunktion zuschreibt, auf die andere aus Gründen ihres europäischen Selbstbewußtseins keinen Wert legen.

Auch die geistig-politischen Abgrenzungen zwischen West-, Mittel- und Osteuropa erscheinen heute eingeebnet. Noch nie in den 200 Jahren seit der Französischen Revolution, so scheint mir, waren die Völker Europas vom Atlantik bis zum Ural so geeint in der Überzeugung, daß ihr Gemeinsames in der politischen Kultur begründet liegt, welche die Idee der Menschenrechte, den freiheitlich-demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaat hervorgebracht hat.

Ob wir gesamteuropäisch das Glück dieser historischen Stunde nach einem Jahrhundert der Katastrophen, Massenirrtümer und Staatsverbrechen werden halten können, wage ich nicht zu sagen. Ich hoffe darauf und möchte es uns allen, liebe Gäste aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, inständig und von Herzen wünschen. Mit diesem Wunsch und mit dem Blick voraus eröffne ich diese Sitzung.

(Beifall)

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich ihn ganz kurz vorstellen. Geboren wurde er 1938 in Pardubice; er studierte Philosophie und Geschichte an der Karlsuniversität in Prag; wurde 1868 Redakteur einer Wochenzeitung; erstmals angeklagt auf Grund der Teilpublikation des „Mimner“; Berufsverbot; Angestellter in verschiedenen Baufirmen; 1977 Mitunterzeichner der Charta 77; 1978 inhaftiert; 1980 Annahme einer Einladung in die USA; Ausbürgerung während der Rückreise; Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland; 1983 Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, dann freier Schriftsteller in der Bundesrepublik; während der „sanften Revolution“ Rückkehr nach Prag und Teilnahme am öffentlichen Leben des Landes; 1990 Mitglied des Deutschen PEN-Clubs; 1990 bis 1992 Botschafter der „ČSFR in der Bundesrepublik Deutschland; Botschafter der Tschechischen Republik; 1993 Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung; 1997 Minister für Schulwesen, Jugend und Sport der Tschechischen Republik. Herr Botschafter und Minister a. D., Sie haben das Wort.

Jirí Gruša: Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Die Diktatur und ihre Folgen und die Aufarbeitung der Vergangenheit Mittel-, Ost- und Südosteuropas – unser und mein Thema – beschäftigen mich immer mehr. Mit Recht redet der heutige Gastgeber über Herausforderungen und Perspektiven in einem Atemzug. Er hat auch Betrachtungen und Analysen geliefert. Wenn die anderen genauso fundiert und präzise sind wie

diejenigen, die meine Republik betreffen – hier kenne ich mich ein bißchen aus –, so haben wir einen festen Boden für unsere Debatte.

Diesen festen Boden brauchen wir. Ich weiß zwar nicht, wie Ihnen, den anderen, zumute ist; für meinen Teil gebe ich jedoch – beinahe ungern – zu: Mit der Zeit, die seit dem Mauerfall dahinfloß, werde ich im Angesicht der Vergangenheit immer unsicherer–als ob sie durch die Erhellungen noch unheimlicher, noch unwirklicher würde.

Meine Damen und Herren, mein erstes Bedenken: All die eifrig gefertigten Rekonstruktionen des Gewesenen sind und können nichts anderes sein als Zweckbilder, die vor allem einem Zukunftskonstrukt dienen. Heißt das also nicht, die Unwirklichkeit der Vergangenheit drückt sich in unserem Unbehagen aus, mit dem wir der Jetztzeit begegnen?

Vorläufige Grundlage jeder Arbeit an der Vergangenheit – und es geht um eine harte Arbeit – sollte also methodische Skepsis sein. Wir Menschen sind einfach prinzipiell unfähig, historische Ereignisketten in ihrem fundamentalen Zusammenhang zu entziffern, zu rekonstruieren. Folglich sollte bei jeder unserer Aussagen der Vorbehalt geäußert werden, daß die Ware, die wir liefern, nicht das Wahre an sich ist, sondern immer nur das – hoffentlich – Wahrscheinlichere. Darum werde ich ab und zu darüber verlegen, daß ungeachtet der Tatsache, daß der Mensch nie zweckfrei erinnert, in unseren postkommunistischen Gefilden der gegenwärtige Zweck oder – noch besser gesagt – die Gegenwärtigkeit dieses Zweckes kaum untersucht wird.

Die semidemokratischen Gesellschaften, in denen wir leben, neigen noch immer dazu, kollektivistische Rekonstruktionen der Vergangenheit zu betreiben. Ein gutes Image der Völker wird angestrebt. Das schlechte Bild von gestern soll durch ein besseres Gruppenfoto von heute ersetzt werden. In der komplexen, alinearen, multikausalen Welt von heute wird neue, oft lineare, monokausale Identität gepredigt, die von einer neuen Erfassung der Vergangenheit abhängen soll.

Gemischte Gesellschaftsstrukturen, hybride Gestalten, geboren aus der Implosion der Diktatur, haben schwer daran zu kauen, etwas anderes anzubieten als moralisierende Sonntagsappelle, gepaart mit der Unfähigkeit zu einer Alltagspraxis der einfachsten Bürgermoral. Dabei ist, je länger ich den Prozeß miterlebe und beobachte, kaum zu übersehen, daß die Vergangenheitsbewältigung und -aufarbeitung die Aufarbeitung und Bewältigung der Gegenwart bleibt: die wirtschaftliche, kulturelle und politische Aufgabe von heute. Nur auf der Basis einer halbwegs funktionierenden politischen Pluralität ist eine Vergangenheit zu haben, die die Zukunft nicht raubt.

Es geht also um eine lange, lange Arbeit an der Gegenwart und für die Gegenwart postkommunistischer Gesellschaften. Irgendwie müssen wir aus den totalitären Identitätsmustern heraus. Irgendwann müssen wir die eingeübten Mechanismen unserer kollektiven Mnemotechnik – darum geht es bei der Vergangenheitsbewältigung – verfeinern und präziser machen, und dies alles Hand in Hand mit der Entschärfung unseres Zukunftsbegriffes.

Unsere Vorfahren haben einander totgeschlagen, um eine einzige, erlösende Deutung der Dinge als futuristisches Objekt zu installieren. Es gab Erwähltheit, erwählte Klassen und Rassen, romantische Schicksalsgemeinschaften, ein Wirgefühl, das zu einem krankhaften Ego wurde. Es kamen der Übermensch, der sich selbst erwählte, und der neue Mensch, der vorgab, den Plan der Zukunft erkannt zu haben. Sie liegen zwar danieder, aber das ewig selektive Gedächtnis bewältigt die Vergangenheit auch aus dieser unteren Lage. Es relativiert die Opfer und verkleinert die Täter. Diese Art der Mnemotechnik erreicht so ihr wichtigstes Ziel: die Mißachtung der Gegenwart im Ganzen, ihr Austrocknen als Quelle des einzig produktiven Zukunftsgewinns. Die Vergangenheit wird dabei zur kollektiven Neurose.

Gibt es aber außer den Ausgrenzungsritualen und Ansprüchen der Ausschließlichkeit eine Vergangenheit, deren Früchte nicht jugoslawisch schmecken? Mit anderen Worten: Gibt es eine Handhabung der Vergangenheit, die das eigene Selbst, das Idol der Kollektivität, ständig relativiert, und zwar mehr, als daß sie danach sucht? Gibt es eine Handhabung, in der das Fiktive und das Faktische sich aneinander abstimmen, in der nicht das Futur oder das Perfekt entscheiden?

In unserer Welt, in der die Notierungen ständig zunehmen, wird die Vergangenheit „repräsentiert“ durch das Faktische, wird sie als eine Art komplexer Faktographie denkbar, und nur so. Wenn man eine totalitäre Herrschaft beschreiben will, um ihre Mechanismen zu entschlüsseln und somit deren Wiedereinsetzung vermeidbar zu machen – so etwa könnte man unseren Zweck definieren –, so müssen wir, sollten wir eine Atmosphäre schaffen, in der die Gebrochenen nicht stärker in die Verantwortung genommen werden als die Brecher. Denn das Verbrechen des Brechens ist die Causa; deren Vermeidung ist nur durch das Verstehen der Gebrochenen zu erreichen.

Die Ehrfurcht vor der Gegenwart, vor dem Lebenden hier und heute wird gebraucht. Eine Gruppe, die die Vergangenheit bewältigt und nicht vergewaltigt, ist sich der Ambivalenz zwischen Fiktivität und Faktizität bewußt. Das Wirgefühl einer solchen Gruppe baut auf diesem unmarkierten Übergang zwischen den beiden Bereichen eine dialogische Brücke, auf der verglichen und gemessen wird. Nur so entstehen keine Dichter der Ethnogenese, keine Sinnstiftungshistoriker des jeweiligen heiligen Ursprungs, Vergangenheitsanbieter, die die Zukunft versperren, Führer, die die Identität durch Teilnahme an einer kollektiven Untat garantieren; diese Art der Identitätsbeschaffung und der Vergangenheitsbewältigung ist die älteste. Komplizen sind treu; fragen sie einmal in Bosnien!

In der Annahme, daß Prüfungen noch kommen, bin ich an keiner Weltengangswisserei interessiert. Ich suche nach keinem neuen Namen für das große oder reine Einst. Ich übe die Kunst des Vergessens, indem ich leise erinnere, indem ich dem Gedächtnis helfe, die Schwelle zur Schmerzlosigkeit zu übertreten.

Darum habe ich dankbar die Einladung zu dieser Tagung angenommen. Deutschland leistet hier eine Elementararbeit. Geteilt, vereint, die doppelte totalitäre Vergangenheit erlitten, Vernichtung, Vertreibung verursacht und erlebt, ist

es heute der einzige Boden, auf dem eine entwickelte Rechtsstaatlichkeit einer implodierten Diktatur begegnet. Teilung und Heilung hängen hier zusammen.

Als ich eingangs die Gegenwartsbewältigung zu einer Conditio sine qua non jedes unseres Erfolgs auf dem Minenfeld unserer Vergangenheiten machte, dachte ich natürlich an die Ergebnisse Ihrer Kommission, an die Arbeitsprogramme, in denen das leise Erinnern methodisch zum Ausdruck kommt. Davon verspreche ich mir sehr viel für mein Land. Ich wage zu behaupten, daß Ähnliches auch für die anderen Eingeladenen gilt oder gelten könnte. Denn erst auf dieser Basis sehe ich eine Zähmung der Vergangenheit – das ist unser eigentliches Thema – als möglich an.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber verehrter Jirí Gruša. Wir kommen damit zum Komplex Einführungsvorträge. Wir waren der Meinung, wir sollten uns darin dem Thema stellen: Ist die Aufarbeitung der Vergangenheit eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Etablierung von Demokratie und Rechtsstaat? Wir haben eine Frau und einen Mann gebeten, uns etwas dazu zu sagen. Danach wollen wir miteinander ins Gespräch kommen. Ich möchte den Mann kurz vorstellen: Professor Richard Schröder, geboren 1943 in Sachsen; Studium der Theologie und Philosophie an den Kirchlichen Hochschulen in Naumburg und Berlin; Pfarrer im Harz; danach Dozent für Philosophie an den beiden Kirchlichen Hochschulen, die es in der DDR gab; 1990 Mitglied der ersten und einzigen frei gewählten Volkskammer und danach des Bundestages; seit Frühjahr 1991 Lehrtätigkeit an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität hier in Berlin; im Februar 1993 Berufung auf den Lehrstuhl für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie an der Theologischen Fakultät in Berlin; seit 1993 Verfassungsrichter im Land Brandenburg; dann – was Sie möglicherweise überrascht, zumindest hat es mich überrascht – seit 1995 Vorsitzender des Kuratoriums der Expo 2000. Wir sind gespannt, was du zu sagen hast, Richard.

Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder: Meine Antwort auf die vorgelegte Frage lautet: Ja. Aber ich glaube nicht, daß Sie mich damit schon entlassen wollen. Denn nun stellen sich weitere Fragen: Warum? Und was? Und wie? Diese will ich zu beantworten versuchen.

Ich werde mich dabei im wesentlichen an den Verhältnissen und Problemen in Deutschland orientieren, weil diese Fragen nicht im Ideenhimmel der Abstraktion diskutiert werden können. Das Allgemeine oder Gemeinsame, das Staaten in einer vergleichbaren Situation betrifft, mag sich dann durch den Vergleich der Erfahrungen herausstellen.

Es geht uns heute und hier um die Aufarbeitung kommunistischer Diktatur. Ich will darauf hinweisen, daß auch dies nur ein Ausschnitt einer noch größeren Problematik ist. Es gibt und gab andere Diktaturen, nach deren Ende sich ähnliche Fragen stellen: Griechenland, einige südamerikanische Staaten, Spanien,

Südafrika. Aber auch der Umgang mit den Kollaborateuren in den von den Nazis besetzten Ländern nach deren Befreiung hat ähnliche Probleme bereitet.

„Politik und Schuld“, so der Titel eines soeben erschienenen Buches von Gesine Schwan, ist, so gesehen, ein Jahrhundertthema geworden. Wenn ich es richtig sehe, hat es in dieser Art und in diesem Umfang frühere Jahrhunderte nicht bestimmt. Das Thema ist übrigens eine Herausforderung an die politischen Wissenschaften, in denen der Begriff der Schuld bisher nicht gerade heimisch ist.

Erstens. Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland. Wie schon angeklungen ist, steht für uns in Deutschland das Thema zum zweitenmal in diesem Jahrhundert auf der Tagesordnung. Manche bestreiten zwar, daß man das so sagen dürfe, denn die DDR dürfe man doch nicht mit Nazideutschland gleichsetzen. Gleichsetzen bestimmt nicht, aber doch vergleichen: die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines Führerprinzips – dort einer Person, hier der führenden Partei, die prinzipielle Ablehnung einer unabhängigen Justiz und unantastbarer Grundrechte zugunsten einer Parteilichkeit – dort gegen die Rassenfeinde, hier gegen die Klassenfeinde. Man muß immer wieder daran erinnern, daß Parteilichkeit und Ergebenheit ganz offizielle Tugenden waren, nicht nur innerhalb der Stasi, sondern auch innerhalb der Partei – und die Installation einer Geheimpolizei – dort Gestapo, hier Stasi, diese drei Punkte mindestens haben diese beiden Diktaturen gemeinsam. Insofern ist es auch berechtigt, die Situationen damals und heute zu vergleichen.

Das Geschehen 1945 wurde damals in allgemein als „Zusammenbruch“ bezeichnet – ich habe es noch im Ohr, ein Ausdruck, der zuerst wohl den Zusammenbruch von Verwaltung und Versorgung meinte – die zerbombten Städte und Flüchtlingsströme, Kriegsende und Besatzungsregime, dann erst, wenn überhaupt, Ende der Naziherrschaft. Der quasiphysikalische Ausdruck nahm das alles hin wie ein Naturereignis und blendete einen Aspekt ganz aus: die Frage der Schuld.

In den westlichen Besatzungszonen haben die Besatzungsmächte eine Entnazifizierung begonnen, aber mit dem Ausbruch des kalten Krieges abgebrochen. Die Besatzungsmächte haben in den Nürnberger Prozessen die Hauptschuldigen der Nazibarbarei vor Gericht gestellt und verurteilt. Aber die deutsche Justiz hat ziemlich lange gebraucht, bis sie intensiver mit der Verfolgung von NS-Verbrechen begonnen hat. In der westdeutschen Öffentlichkeit ruhte zunächst einmal die Vergangenheit, bis um 1968 die Studentengeneration kritisch und bohrend die Elterngeneration befragte, was sie denn zwischen 1933 und 1945 gesehen, gesagt und getan habe. Dieser studentische Protest hat sich schließlich transformiert zu einer Anerkennung nicht des Status quo der Gesellschaft, aber doch der Ordnung des Grundgesetzes, wofür der Ausdruck „Verfassungspatriotismus“ von vielen in Gebrauch genommen worden ist, der jetzt besagen soll: kein nationaler, sondern ein demokratischer Patriotismus.

In der DDR wurde der 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ gefeiert, und die Opfer des Faschismus wurden hoch geehrt, allerdings nicht alle gleichermaßen. Der Antifaschismus war geradezu Gründungsmythos der DDR. Aber er war eben auch ein Mythos im negativen Sinn des Wortes, denn er besagte ungefähr: Die Nazis haben die Kommunisten verfolgt und die Sowjetunion überfallen, aber die Rote Armee hat den Faschismus besiegt, und die DDR gehört nun an der Seite der Sowjetunion zu den Siegern der Geschichte – als sei die Bevölkerung 1945 oder 1949 ausgetauscht worden. Die Pointe war: Schuldig waren die anderen, die sitzen heute im Westen und wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Die Judenverfolgung trat in diesem Mythos eher in den Hintergrund und sollte jedenfalls nichts zu tun haben mit dem Verhältnis der DDR zum Staate Israel, der als „Speerspitze des Imperialismus“ bezeichnet wurde. Der Antifaschismusmythos war ganz in das dualistische Weltbild der Kommunisten integriert und zur Legitimation der „Diktatur des Proletariats“ instrumentalisiert; er lieferte die Begründung für die Verachtung von Demokratie und Rechtsstaat in Theorie und Praxis und in vielen fatalen Kontinuitäten.

1989 stellte sich die Problematik deutlich anders dar, auf der einen Seite günstiger: Die Bürger der ehemals sozialistischen Staaten haben schließlich selbst die kommunistische Diktatur beendet – in friedlichen Revolutionen, wenn wir jetzt einmal den schrecklichen Sonderfall Jugoslawien und die rumänischen Ereignisse vom Dezember 1989 beiseite lassen.

In der ehemaligen DDR ist außerdem ziemlich schnell das Geheimste der SED-Diktatur, das Aktenmaterial der Stasi nämlich, zugänglich geworden. Dazu hat übrigens die frei gewählte Volkskammer die Weichen gestellt. Es gab zunächst durchaus Bedenken, wenn nicht sogar Widerstand von westlicher Seite. Einig waren wir uns aber in der Volkskammer, daß eine Vernichtung dieser Akten oder ein absoluter Verschluß schon deshalb nicht in Frage kamen, weil dann die Stasioffiziere das Informationsmonopol bekommen hätten; Anschuldigungen und Entlastungen könnten nicht überprüft werden. Über den Umfang der Öffnung gab es Auseinandersetzungen. Die Befürchtung, daß eine breite Öffnung den inneren Frieden gefährden würde, hat sich nicht bestätigt, obwohl es natürlich hier und da auch einmal zu ungerechtfertigten Anschuldigungen gekommen ist, gelegentlich auch zu Kündigungen, die dann vor Gericht keinen Bestand hatten. Das hält sich aber in den Grenzen dessen, was man bei einem Prozeß dieses Umfangs erwarten mußte.

Auf der anderen Seite unterscheidet sich die Situation in der ehemaligen DDR nach 1989 von der nach 1945 dadurch, daß es sich um eine Aufarbeitung der Vergangenheit mit Zuschauern, unseren westdeutschen Mitbürgern, handelt. Die gesamtdeutschen Medien sind im wesentlichen westdeutsche Medien – jedenfalls gewesen, als die Hauptmasse der DDR-Erbschaft offenbar wurde. Dies hat sich als eine enorme Belastung der Diskussion um die DDR-Vergangenheit erwiesen.

Eine Mehrheit der Ostdeutschen hat – je länger, je mehr – die öffentliche Kritik an den DDR-Verhältnissen sozusagen persönlich genommen und als Demüti-

gung im innerdeutschen Kampf um Anerkennung verstanden, den es natürlich gibt. Sie reagiert darauf mit – so nenne ich das – „Identitätstrotz“: Wir sind auch wer. Da tut sich eine Falle auf. Denn viele, die zu DDR-Zeiten das politische und gesellschaftliche System hart kritisiert haben, sagen jetzt: Na, so schlimm war es ja in der DDR auch wieder nicht. Hier bildet sich etwas, was man die „DDR-Identität post festum“ nennen kann. Solange die DDR bestand, haben diejenigen, an die ich jetzt denke, nicht mit Stolz gesagt: Ich bin DDR-Bürger. Vielmehr haben sie die Verhältnisse kritisiert. Aber jetzt sehen sich natürlich nicht alle, aber sieht sich doch eine relevante Gruppe, besonders stark unter den DDR-Intellektuellen übrigens, persönlich angegriffen, wenn Klartext über das gesprochen wird, was zu DDR-Zeiten passiert ist.

Westdeutsche, die sich zu der DDR-Vergangenheit äußern, schwanken übrigens oft zwischen zwei Extremen. Die einen sagen – und meinen, das sei besonders nett: Wenn ich in der DDR gelebt hätte, wäre ich wahrscheinlich auch der SED beigetreten, worauf diejenigen ehemaligen DDR-Bürger gekränkt sind, die das nicht gemacht haben. Andere sagen: Ihr wart doch alle Opportunisten, worauf alle gekränkt sind.

Zweitens. Warum ist eine Aufarbeitung der Vergangenheit notwendig? Ich antworte: Weil es ohne Wahrheit keine Freiheit gibt. Der Mut zur Wahrheit und der Mut zur Freiheit sind Geschwister.

Ich erkenne drei Felder, auf denen sich dieser Mut zur Wahrheit im Interesse der Freiheit bewähren muß: 1. Wissen, was gewesen ist. Das ist zum einen eine berechtigte Forderung der Opfer des Regimes im Blick auf ihre eigene Biographie. Was haben die mit mir gemacht? Was von dem, was ich da erlebt habe, war stasigesteuert? Die Wiederherstellung der Kontinuität des Erlebten ist das Interesse, das die Opfer verbindet, die wissen wollen, was gewesen ist.

Es kommt übrigens beides regelmäßig vor: die Enttäuschung über den Freund, der mich verraten hat, und die Ernüchterung angesichts eines unbegründeten Verdachts.

Wissen, was gewesen ist, gilt aber zum anderen für die Innenansicht des Systems im ganzen. Auch hier haben die ehemaligen DDR-Bürger einen erheblichen Informationsbedarf, den vielleicht nicht alle als so groß anerkennen, wie er ist. Es ist eben nicht wahr, daß wir, die wir in der DDR gelebt haben, die wir sie selbst erlebt haben, die DDR-Verhältnisse im ganzen schon deshalb hinreichend kennen. Denn man kann schon sagen, daß die DDR eine Nischengesellschaft war. Bloß gereicht ihr das nicht zum Ruhm. Das, was in den anderen Nischen vorging, war wegen fehlender Öffentlichkeit nur begrenzt oder gar nicht erfahrbar. Wir DDR-Bürger kennen uns gut aus – jeder in seiner Nische. Es ist schon überraschend und erstaunlich, welche Arten von Begegnungen mit einem Höchstgrad von Befremdung nach dem Ende der DDR zwischen ehemaligen DDR-Bürgern stattfinden können.

Im übrigen war auch die DDR-Geschichte nur zensiert zugänglich und zu großen Teilen tabuisiert. Daß die KZ's der Nazis nach 1945 von der sowjetischen Besat-

zungsmacht weiterbenutzt worden sind – und zwar nicht nur für ehemalige Nazigrößen, die Begleitumstände der Bodenreform – die damals als Demokratisierung bezeichnet wurde –, wie die Justiz in der DDR gearbeitet hat, die Methoden der Stasi, aber auch die ökonomische Talfahrt der DDR besonders in der 80er Jahren und vieles Ähnliches mehr ist vielen DDR-Bürgern erst nach 1989 bekanntgeworden. Nicht selten gibt es hier Widerstand gegen Tatsachen.

2. Die Forderung nach Gerechtigkeit. Die Opfer des Regimes verlangen zuerst Rehabilitierung, das heißt die Aufhebung eines ungerechten Urteils. Sie verlangen Wiedergutmachung und – interessanterweise erst dann und gar nicht immer und eher zurückhaltend – Bestrafung der Schuldigen. Ich meine damit, daß sehr selten vorkommt, daß jemand Anzeige gegen den Richter erstattet, der das manifest ungerechte Urteil seinerzeit gesprochen hat. Solche Anklagen erfolgen von Amts wegen.

Wieweit diese Erwartungen nach Gerechtigkeit erfüllt werden können, ist eine andere Frage. Dazu ist unter dem Stichwort Rechtsstaat nachher noch einiges zu sagen. Jedenfalls ist es eine berechtigte Forderung, daß Unrecht auch als solches benannt wird. Es ist unverzichtbar, dies zu tun.

3. Bejahen, was sein soll. Kaum jemand wünscht sich die DDR zurück. Aber in der Frage, was genau an diesem Sozialismus verkehrt war, gibt es nur wenig Konsens unter den ehemaligen DDR-Bürgern. Einigkeit besteht sicher noch darin, daß die Reisebeschränkungen, die Informationsbeschränkungen, die Mangelwirtschaft von Übel waren.

Aber eine Mehrheit sagt Umfrageergebnissen zufolge noch immer: Die Idee des Sozialismus war gut, bloß die Durchführung war schlecht. Als das Gute benennen sie an erster Stelle soziale Sicherheit, keine Arbeitslosigkeit, ein ruhigeres Leben. Der Grund ist die weitverbreitete Einigungsenttäuschung. „So habe ich mir die Einheit nicht vorgestellt“ hört man oft. Das heißt aber: Die ehemaligen DDR-Bürger unterscheiden weithin nicht zwischen berechtigten und illusionären Erwartungen der Jahre 1989 und 1990.

Die berechtigte Unzufriedenheit zum Beispiel mit der Arbeitslosigkeit wird der Marktwirtschaft angelastet. Die Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Entscheidungen wird der Demokratie angelastet. Ich bin schon erstaunt, wie oft ich das hören kann, übrigens auch in Konventen evangelischer Pfarrer: „Die Demokratie bringt es ja auch nicht, das sehen wir doch. Die Demokratie löst die Probleme auch nicht.“

Aber die Betreffenden sagen nicht, was die Probleme löst. Sie können nicht sagen, was sie statt dessen wollen und wünschen. Sie vollziehen kaum die Unterscheidung zwischen den Konstanten und den Variablen, die mit Begriffen wie Marktwirtschaft und Demokratie verbunden sind.

Von diesen drei Komplexen, die ich genannt habe, sind der zweite und der dritte besonders wichtig für die Akzeptanz von Rechtsstaat und Demokratie, das ist klar. Hier ist auch noch am meisten zu tun. Ich bin nicht sicher, ob der Mehrheit

bewußt ist, daß es hier unter den ehemaligen DDR-Bürgern noch einen erheblichen Klärungsbedarf gibt. Denn auch dies gehört zu den Hinterlassenschaften der Diktatur: enorme Defizite nicht nur an Erfahrung im Umgang mit Rechtsstaat und Demokratie, sondern auch an politischer Bildung.

Deshalb geht die berechtigte Kritik an Mißständen heute so schnell zu einer Totalkritik über. Das Denken in Systemalternativen, das man zu DDR-Zeiten eintrainiert bekommen hat, besteht fort, nur wird die Alternative nun nicht mehr benannt. Die Fähigkeit zu differenzierender Kritik, die das Für und Wider dieser und jener Problemlösung diskutiert, ist unterentwickelt.

Drittens. Bereiche, Möglichkeiten und Grenzen einer Aufarbeitung der Vergangenheit. Vergangenheitsbewältigung – wenn ich diesen eigentlich mißlichen Ausdruck einmal verwenden darf – muß Ziel und Grenze in der Zukunftsbewältigung haben. Das will ich als Grundsatz vorschlagen.

Der Ausdruck „Vergangenheitsbewältigung“ ist deshalb leicht irreführend, weil er so klingt, als ginge es hier um eine endliche und abschließbare Aufgabe. Von beidem kann nicht die Rede sein: Vergangenheit ist ein unabschließbarer Bereich – sonst könnten heute keine Bücher mit Neuigkeitswert über die Römer geschrieben werden –, und Geschehenes kann nicht ungeschehen gemacht werden. Es ist zwar banal, aber man muß es sich doch immer wieder klarmachen: Nicht alle Wunden heilt die Zeit.

Deshalb muß die Aufarbeitung der Vergangenheit einer Diktatur, soweit sie gesellschaftlich und politisch geboten ist, begrenzt werden. Eine an sich unabschließbare Aufgabe muß durch ein Ziel begrenzt werden. So verstehe ich Zukunftsfähigkeit.

Das gilt auch für den Umgang mit dem persönlichen Versagen in der Diktatur, wozu ich mich zuerst äußern will. Nicht alles Mögliche, sondern alles Notwendige muß hier öffentlich diskutiert werden. Denn der Beichtstuhl auf dem Marktplatz wird zum Pranger. Die persönlichen Vergangenheiten durch öffentliche Täter-Opfer-Gespräche heilen zu wollen hat sich weithin als illusionär erwiesen. Es ist nämlich relativ einfach für uns alle, sich von einer einzelnen Handlung zu distanzieren und um Entschuldigung zu bitten. Es ist offenbar für viele fast unmöglich, zu akzeptieren und auszusprechen, daß sie jahrzehntelang verkehrt gehandelt haben, weil sie verkehrt gedacht haben. Was bleibt von mir, wenn ich das zugebe? Es ist nach meiner Vermutung diese Angst, die dazu führt, daß viele der Akteure oder sogar Täter auf Rechtfertigungen beharren, die die Opfer empören. „Wir haben doch nur das Gute gewollt“, hört man allzuoft, obwohl es doch eine uralte Erkenntnis ist, daß der gute Zweck nicht jedes Mittel rechtfertigt, so daß der Hinweis, das Gute gewollt zu haben, noch gar nichts besagt. Es muß interessieren, mit welchen vertretbaren oder eben unvertretbaren Mitteln jemand das angeblich Gute verfolgt hat.

Es stimmt nicht, daß die Folgen einer Diktatur eine Gesellschaftstherapie nötig machen. Schon deshalb stimmt das nicht, weil Schuld keine Krankheit ist, obwohl verdrängte Schuld krank machen kann. Außerdem sind diejenigen, die sol-

che Gedanken hegen, daran zu erinnern, daß therapeutische Verhältnisse asymmetrische Verhältnisse sind – asymmetrische Verhältnisse zwischen dem Hilfsbedürftigen und dem Helfer. Außerdem muß der Hilfsbedürftige sich auch helfen lassen wollen. Zwangstherapie ist, wie jedermann weiß, wirkungslos. Die Wiederkehr der Diktatur wird auch nicht durch eine Reinigung der Herzen verhindert, sondern zuerst und vor allem durch Anerkennung der Institutionen der Freiheit.

Im Interesse der Zukunftsbewältigung ist die öffentliche Thematisierung persönlicher Schuld jedenfalls in zwei Bereichen notwendig, zum einen im Interesse eines Elitenwechsels: Von denen, die im öffentlichen Dienst, in Wissenschaft und Lehre und in den politischen Ämtern tätig sind, muß erwartet werden, daß sie neben der fachlichen Qualifikation auch über diejenige persönliche Integrität verfügen, die das Ansehen der Ämter schützt; außerdem müssen hier Seilschaften verhindert werden.

Das andere Gebiet ist die strafrechtliche Verfolgung. Wie weit die strafrechtliche Verfolgung von Unrecht im Windschatten der Diktatur bzw. von Regierungskriminalität gehen soll, darüber wird heftig gestritten. Ich denke, das Minimum ist folgendes: Wir können jedenfalls nicht über den Tod Unschuldiger hinweg zur Tagesordnung übergehen. Jedenfalls wo jemand an Leib und Leben Schaden genommen hat, sind Gerichtsverfahren unumgänglich.

Damit bin ich schon bei dem nächsten Komplex, das ist das Problem Rechtsstaat und Gerechtigkeit. Viele Opfer des SED-Regimes finden sich in dem berühmt gewordenen Satz wieder: Wir haben Gerechtigkeit erwartet und den Rechtsstaat bekommen. Dieser Satz drückt die Enttäuschung darüber aus, daß der Rechtsstaat nicht hält, was er versprochen habe. Die Enttäuschung gehört – so will ich behaupten – zu den unvermeidlichen Enttäuschungen, da sie auf einem Mißverständnis dessen beruht hat, was der Rechtsstaat sinnvoll leisten kann. Klarheit darüber zu gewinnen ist aber eine Voraussetzung für die Akzeptanz des Rechtsstaats. Obwohl Sie hier das alle wissen, sage ich für die ehemaligen DDR-Bürger noch einmal folgendes.

1. Moralische, politische und strafrechtliche Schuld sind dreierlei. Nur die letzte ist dem Rechtsstaat zugänglich. Es gibt eben ein erhebliches Maß an moralischer Niedertracht, das nicht vor Gericht gebracht werden kann, unter anderem auch deshalb, weil der Rechtsstaat nur Handlungen, nicht aber Gesinnungen verurteilt.

2. Was der Rechtsstaat unbedingt garantiert, ist die formale Gerechtigkeit, das heißt den freien Zugang zu den Gerichten, das streng geregelte Verfahren, Berufungsmöglichkeiten usw., Rechtssicherheit also. Materiale Gerechtigkeit dagegen, das heißt Urteile, die jeder als gerecht empfindet, kann er schon deshalb nicht garantieren, weil gar nicht jeder dasselbe für gerecht hält. Im übrigen muß man aber, um nicht zu hemdsärmelig mit der materialen Gerechtigkeit umzugehen, hinzufügen: Was eine Mehrheit für manifest ungerecht hält, kann auch nicht als Urteil akzeptiert werden.

3. Der Rechtsstaat bevorzugt den Täter ganz eindeutig: in dubio pro reo – im Zweifel für den Angeklagten. Denn das ist die Erfahrung aus den Justizirrtümern: Es ist eben besser, einen sehr wahrscheinlich Schuldigen laufen zu lassen, als einen möglicherweise Unschuldigen zu verurteilen. Und vor Gericht muß niemand sich selbst beschuldigen oder belasten. Schließlich begünstigt der Rechtsstaat den Täter auch noch durch das Institut der Verjährung.

4. Nulla poena sine lege – keine Strafe ohne Gesetz: Dieses Rückwirkungsverbot, das ein fundamentales Element der Rechtssicherheit ist, begrenzt auch die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit einer Diktatur. Hier liegt ein sehr schwieriges und sehr umstrittenes Problem vor. Die Diktatur macht ihre Gesetze selber. Ein Verfassungsgericht, das Gesetze überprüfen könnte, läßt die Diktatur nicht zu. Wenn aber die bloße Tatsache, daß irgend etwas in einem Gesetz steht, schon hinreichen soll, damit es auch Rechtens sei, dann kann es Unrecht in Gesetzesform gar nicht geben. Wer sich gegen diese unerträgliche Folge durch die Behauptung eines überpositiven materialen Naturrechts schützen will, der relativiert damit aber die Geltung aller Gesetze und entzieht die Definitionsmacht über Recht und Unrecht dem Parlament und den Gerichten, um sie den Philosophen zu übergeben, die sagen, was das Naturrecht sei.

Aus dieser Aporie hat der Rechtsphilosoph Radbruch einen Ausweg gewiesen. Die berühmte Radbruchsche Formel besagt, daß im Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Rechtssicherheit das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als „unrichtiges Recht“ der Gerechtigkeit zu weichen hat.

Radbruch hat diese Formel 1946 in Auseinandersetzung mit dem Unrecht in Gesetzesform der Nazizeit formuliert. Ich merke noch an, daß diese Formel negativ formuliert ist. Sie trägt damit der Tatsache Rechnung, daß wir uns offensichtlich leichter darüber verständigen können, was manifest ungerecht ist, als darüber, was gerecht ist. Sowohl der Bundesgerichtshof als auch das Bundesverfassungsgericht haben sich bei der Überprüfung der Urteile gegen die DDR-Soldaten, die an der innerdeutschen Grenze Flüchtlinge erschossen haben, einer der Radbruchschen Formel entsprechenden Argumentation bedient.

Gegen die so weit verbreitete Enttäuschung über den Rechtsstaat läßt sich zweierlei einwenden:

1. Die Institutionen des Rechtsstaats hätten genügt, um die Diktatur zu verhindern. 2. Es sollte unser Stolz sein, daß wir zu den Tätern sagen können: Wir gehen mit euch anders um als ihr mit uns.

Zum letzten Punkt. Den Schwierigkeiten mit der Akzeptanz der Demokratie im Osten Deutschlands liegen vor allem zwei Probleme zugrunde. Das eine: Die deutsche Einigung war zwar der kürzeste Weg zu Freiheit und Demokratie. Die SED hatte 2,2 Millionen Mitglieder bei 16 Millionen Einwohnern, und es war mir immer unheimlich bei dem Gedanken, unter ihrem Druck auf lange Zeit Po-

litik machen zu müssen. Insofern war die Weg zur Deutschen Einigung für mich auch immer eine „Verdünnung der Genossen“, für die Ostdeutschen aber auch der Weg in eine Minderheitensituation. Sie bilden 20 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Sie haben die westdeutschen Ordnungen übernommen, und so erscheint vielen die Demokratie als etwas, das von außen gekommen sei.

Das andere Problem ist sehr viel grundsätzlicher und betrifft eine fundamentale Zweideutigkeit in dem Wort „Demokratie“. Die DDR hat sich bekanntlich Deutsche Demokratische Republik genannt, die sozialistischen Staaten haben sich Volksdemokratien genannt, und die Kommunisten waren der Auffassung, daß sie auf dem Weg zur wahren Demokratie seien, die die sogenannte bürgerliche – sprich: parlamentarische – Demokratie weit übertreffen werde, weil in ihr der wahre Volkswille herrschen werde. Nun tun wir das immer ab, weil all diese Verheißungen in einem eklatanten Widerspruch zur Praxis gestanden haben. Damit ist aber noch nicht das Problem berührt, das ich meine. Die östliche Kritik an der Demokratie drückt sich etwa so aus: Wir werden ja gar nicht gefragt; es wird ja gar nicht beschlossen, was wir wollen; was die Mehrheit will, muß doch gar nicht richtig sein.

Die fundamentale Zweideutigkeit im Begriff der Demokratie beruht darauf, daß es zwei deutlich verschiedene Traditionen gibt, von denen her man das Wort „Demokratie“ füllen kann.

Für die eine steht Rousseau, und in dieser Tradition steht auch Marx mit seinem Demokratieverständnis. Danach ist die Demokratie durch die unteilbare und unveräußerliche Volkssouveränität charakterisiert; deshalb muß die wahre Demokratie eigentlich direkte Demokratie sein. Nach diesem Verständnis ist die Repräsentation nur ein Notbehelf, Gewaltenteilung nicht vorgesehen. Der Allgemeinwille ist, wenn er sich denn artikuliert, irrtumsfrei. Eine Verfassung gilt nur bis zur nächsten Zusammenkunft des Volkes. – Das ist alles Rousseau. Die anthropologische Grundüberzeugung, die dahintersteht, lautet: Der Mensch ist gut, wenn ihn die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verderben.

Die andere Tradition ist die angloamerikanische. Nach diesem Verständnis von Demokratie muß die Souveränität des Volkes sofort aufgeteilt werden, also jedenfalls Gewaltenteilung. Gültige Entscheidungen kommen durch Mehrheitsbeschluß zustande; aber nicht alles darf Gegenstand von Mehrheitsbeschlüssen werden. Es gibt unveräußerliche Grundrechte eines jeden. Diese legt eine Verfassung ebenso fest wie eine Verteilung der Zuständigkeit im Interesse der Machtkontrolle, mit der Folge, daß nicht die direkten, sondern komplexe Wege zu gültigen Entscheidungen führen. Dieser Tradition liegt die anthropologische Einsicht zugrunde, daß Menschen verführbare Wesen sind und Macht deshalb immer kontrolliert werden muß.

Eine Aufarbeitung der Vergangenheit, die der Akzeptanz der Demokratie dienen will, darf es sich nicht ersparen, bis in diese Zusammenhänge vorzudringen. Erst in dieser Dimension ist dann übrigens auch eine nochmalige Auseinandersetzung mit dem Marxismus möglich, die ihren Namen verdient und eine andere Dimen-

sion berührt als die relativ einfache Kritik der schäbigen Verhältnisse im real existierenden Sozialismus. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Richard. Ich möchte Ihnen ganz kurz unsere folgende Referentin vorstellen: Frau Professor Wolff-Poweska, geboren 1941 in Tarnopol, Historikerin und Politikwissenschaftlerin; Diplom an der Adam-Mickiewicz-Universität Posen 1964; Promotion; Habilitation; Professur seit 1986; seit dem 1. Juli 1990 Direktorin des Westinstituts Posen; seit dem 1. Januar 1994 im Vorstand des Forums Polen – Bundesrepublik Deutschland. Ist die Aufarbeitung der Vergangenheit eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Etablierung von Demokratie und Rechtsstaat?

Prof. Dr. Anna Wolff-Poweska: Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Der Demokratisierungsprozeß in den Ländern, die sich vom Kommunismus abwenden, ist mit einem sehr vielgestaltigen Komplex neuer Erfahrungen verbunden, in dem die Aufarbeitung der Vergangenheit ein integrales Element darstellt. Um die neue Ordnung zu legitimieren und die Demokratie zu stabilisieren, ist es unabdingbar, das alte System zunächst genau zu studieren, es von innen her kennenzulernen und zu bewerten. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, von denen nur folgende genannt seien:

Die Länder, die von der Diktatur zur Demokratie übergehen, müssen alles tun, um einen Rückfall in das alte System zu verhindern. Das ist die wichtigste Aufgabe, die sie den Opfern und ihrer eigenen Vergangenheit schuldig sind, denn die kommunistischen Diktaturen hatten stets den Anspruch erhoben, im Namen des ganzen Volkes aufzutreten und hatten ganze gesellschaftliche Gruppen in ihr System eingebunden. Damit ist eine objektive Bewertung und vor allem eine kritische Reflexion der verwickelten Probleme der Vergangenheit eine conditio sine qua non, wenn man die Menschen, die Untertanen dieses Systems gewesen waren, zu Bürgern erziehen will, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewußt sind.

Zur Aufarbeitung der Vergangenheit gehört nicht nur, daß man der vergangenen Epoche sowie ihren wichtigsten Akteuren und ihren Mitläufern Gerechtigkeit widerfahren läßt. Es liegt nicht im wohlverstandenen Interesse des neuen demokratischen Rechtsstaats, die Legitimierung des neuen Systems auf der Basis einer vereinfachenden Schwarz-Weiß-Konfrontation der alten Diktatur mit der neuen Demokratie zu suchen. Die Kultur der Abwendung vom Kommunismus wird in hohem Maße die Kultur und die Qualität des demokratischen Staates bestimmen.

So hat die Entkommunisierung nur dann einen Sinn, wenn sie der Umerziehung der Gesellschaft dient. So wie damals der Antifaschismus allein nicht ausgereicht hat, den Kommunismus zu legitimieren, so reicht es heute nicht, Antikommunist zu sein, wenn man Demokrat werden will. Eine neue demokratische Identität verlangt ein historisches Gedächtnis. Wie weit es uns gelingt, uns mit der neuen Ordnung zu identifizieren, hängt weitgehend davon ab, ob – und,

wenn ja, in welchem Maße – sich die mittelosteuropäischen Völker mit der jüngsten Vergangenheit identifiziert hatten.

Wenn man diesen Aspekt bewerten will, muß man eine Antwort auf eine Reihe von Fragen finden: An welche historische Tradition sollte man anknüpfen? Was sollte man verwerfen, was im Gedächtnis behalten? Inwieweit war die Identität der Bürger der DDR, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik eine durch die Parteipropaganda suggerierte Identität, und in welchem Maße war sie von den Bürgern als ihre eigene akzeptiert worden? Inwieweit hatte es sich bei der Identität der Bürger in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus um eine Pseudo-Identität gehandelt, die einer inneren Legitimierung entbehrte, und inwieweit hatten sich die Menschen doch authentisch mit der Ordnung identifiziert, in der sie leben mußten?

Die Schaffung einer neuen politischen Kultur erfordert tiefgehende Reflexion, sachliche Analyse und öffentliche Diskussion, ohne die das totalitäre Übel nicht entlarvt werden kann. Denn die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Gestaltung der neuen Ordnung hängt weitgehend davon ab, welche Schlußfolgerungen die Öffentlichkeit aus der eigenen Geschichte zieht.

Wenn man bedenkt, daß die Demokratisierungsprozesse gewöhnlich eine soziale Krise mit sich bringen, die gleichzeitig eine Krise der Kriterien für das Erinnern und Vergessen darstellt, wird man Antworten auf wichtige Fragen finden müssen: In welcher Weise muß man sich mit der Vergangenheit der Nation auseinandersetzen, damit deren Bewertung wirklich zu einer Reflexion des eigenen Ich gerät? Wie muß man die eigene Verstrickung in das alte System beurteilen, damit sich die Quellen der Schwäche in Faktoren der Stärke verwandeln können? Wie muß man den Dialog mit der Geschichte führen, damit daraus eine Basis für Kompromißbereitschaft und gemeinsame Verantwortung erwächst? In der Reflexion dieser Aufgaben werden die fundamentalen Probleme des ausgehenden Jahrhunderts sichtbar werden.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist für die jungen Demokratien zugleich eine Chance und eine Herausforderung, die viele Fallstricke bereit hält:

Erstens die Chance des demokratischen Staates. Die Gegenwart leitet sich aus der Vergangenheit ab, die die Menschen bei der Schaffung einer besseren Realität nicht lähmen, sondern ermutigen sollte. Der Demokratie ist besser gedient, wenn man sich um Verständnis für die Vergangenheit bemüht, als wenn man Märtyrertum kultiviert. Die Abkehr vom Kommunismus weist in den Ländern östlich der Elbe neben unterschiedlichen Maßnahmen zum Abbau des Totalitarismus eine ganze Reihe von Ähnlichkeiten auf. Die Völker dieser Region gefallen sich vor allem in der Rolle von Opfern des Systems. Indessen ist die Konzentration auf die eigenen Unbilden einer nüchternen Bewertung der ganzen Komplexität eines Phänomens wie des Kommunismus nicht eben förderlich. Sie verführt eher dazu, auf das Podest der kommunistischen Heroen mechanisch

Helden des Antikommunismus zu stellen und alte Mythen durch neue zu ersetzen.

Die Demokratie ist ein antitotalitäres System. Das Wesen des Totalitarismus zu verstehen ist daher unabdingbar, wenn man auch nur einen Teil der Gefahren und Fallstricke, die die Transformation aller Lebensbereiche mit sich bringt, vermeiden will. Deswegen werden die alten Eliten abgelehnt, die sich mit dem früheren System identifiziert hatten, und durch neue Eliten ersetzt, die als Träger einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung in Frage kommen. Freilich ist der Austausch der Eliten, der in Tschechien und in den neuen Bundesländern recht radikal vorgenommen wird, der in Polen und Ungarn eher evolutionär verläuft und der in vielen Staaten der früheren Sowjetunion vernachlässigt wird, ein zweischneidiges Schwert. Denn die Diskussion, die ihn begleitet, findet nirgendwo in einem luftleeren politischen Raum statt.

Obwohl die Diskussion dieses Problems für die Legitimierung des demokratischen Staates unerläßlich ist, hat sie ja nicht nur einen moralisch-psychologischen Aspekt. Hier geht es nicht nur um die Fragen: Schuldig oder nichtschuldig? Wer ist Täter, und wer ist Opfer? Diese Diskussion bringt auch aktuelle politische Konflikte zum Ausdruck. So kommt es durchaus vor, daß eine Debatte über die Geschichte mit durchsichtigen politischen Hintergedanken inszeniert wird.

In der Abrechnung mit der Vergangenheit offenbart sich nicht nur die Suche nach Vorbildern für eine neue politische Moral oder nach Klärung von Fragen unserer heutigen Situation wie: Wer sind wir eigentlich? Wo kommen wir her? Vielmehr geht es auch um die Macht. Der Einfluß der politischen Vorgaben auf den Charakter und auf das Ausmaß, in dem man sich auf die Vergangenheit stützt, wird sowohl in der Innenpolitik der sich reformierenden Staaten als auch in ihren Beziehungen zu anderen Völkern sichtbar.

Die Demokratie ist für die postkommunistischen Staaten eine Aufgabe, in deren Bewältigung sie nach der Methode von trial and error hineinwachsen. Hier gibt es keine Abkürzungswege oder Patentrezepte. Zwar ist hier der Kommunismus des Staates gestürzt worden, geblieben aber sind die Gewohnheiten und die Mentalität, die sich in den Zeiten des sogenannten Realsozialismus herausgebildet hatten. Dessen sind wir uns viel zu wenig bewußt. Dieses mentale Erbe erschwert fundamental den Einstieg in die neue politische „Blutbahn“. Vieles deutet darauf hin, daß die Qualität der neuen politischen Kultur in dieser Region Europas gerade von der Überwindung dieses wenig beachteten Erbes abhängen wird.

So wie die Demokratie kein perfektes System darstellt und in der Welt in verschiedenen Schattierungen praktiziert wird, so hatte auch der Kommunismus sowohl in seinen Grundsätzen als auch in seiner Praxis in Abhängigkeit von Raum und Zeit unterschiedliche Formen angenommen. Wer heute das System, das zum Beispiel von 1945 bis 1989 für Polen verbindlich gewesen ist, als verbrecherisch qualifiziert, kommt mit der Wahrheit in Konflikt. Fast überall in

Mittelosteuropa hatte der Kommunismus in der Zeit nach Stalin eine bedeutende Evolution durchgemacht.

Im ganzen Sowjetblock war das Stadium der Detotalisierung am weitesten in Polen, so glaube ich, fortgeschritten. Nach 1956 herrschte hier eine Version eines posttotalitären autoritären Kommunismus. Der Zusammenbruch des Systems bedeutete hier – übrigens ähnlich wie in Ungarn – einen langwierigen Erosionsprozeß. Die Kontrolle über das wissenschaftliche und kulturelle Leben war deutlich abgeschwächt. Auch der Wille zum Totalitarismus war bei den Führern des Landes abgebröckelt. Deswegen wäre eine Verurteilung der gesamten Zeitspanne en bloc und eine Gleichsetzung der stalinistischen Funktionäre mit denen, die am Ende als Postkommunisten frei von ideologischen Bindungen an das alte System in gutem Glauben bemüht waren, für ihr Land zu arbeiten, ein ahistorisches und sehr oberflächliches Fehlurteil. Häufig führt eine Dämonisierung des alten Systems dazu, daß der öffentlichen Meinung nach dem Munde geredet und nur der eigene Konformismus gerechtfertigt wird.

Zweitens die Chance des Rechtsstaats. Das Privileg der Sieger, mit den besiegten Feinden abzurechnen, hat eine lange Tradition. Die Proskriptionslisten Sullas im alten Rom wie auch die Zerschlagung der Girondisten durch das Tribunal der Französischen Revolution sind historische Beispiele für das Funktionieren solcher Mechanismen. In die Demokratie hineinzuwachsen bedeutet auch heute, die Regeln des Rechtsstaates und der Rechtsstaatlichkeit zu lernen. Die Staaten des früheren Sowjetblocks entbehren jeder rechtsstaatlichen Tradition. Die beiden Jahrzehnte der Zwischenkriegszeit, die für einige mitteleuropäische Staaten die erste Begegnung mit der Demokratie brachten, erwiesen sich als eine allzu kurze Episode. So stehen denn nun die Völker in der Phase der Transformation vor der unvorstellbar schwierigen Aufgabe, eine unabhängige Rechtsprechung schaffen und sich die mentalen Voraussetzungen und die Kenntnisse für die Respektierung des Rechtsstaates aneignen zu müssen.

Jede Abrechnung mit der Vergangenheit hat ihre rechtliche Seite. Im Falle des Übergangs vom Unrechtsstaat zum Rechtsstaat sind die Bestrafung der Schuldigen und die Rehabilitierung der Opfer eine elementare Voraussetzung für das Gelingen der demokratischen Umgestaltung. Läßt man sich dabei von Emotionen hinreißen oder gibt man gar politischen Überlegungen nach, so wird die demokratische Ordnung elementar bedroht. Indessen weichen die persönlichen Ambitionen und die Praxis der Abrechnung mit der Vergangenheit in den verschiedenen Transformationsländern deutlich voneinander ab. Eine ganze Reihe von objektiven und subjektiven Faktoren spielen dabei mit.

Die Prozesse gegen diejenigen, die sich in der Zeit des Kommunismus schwerer Verbrechen oder anderer Verfehlungen schuldig gemacht haben, ziehen sich über Jahre hin und enden meist mit einem Freispruch. In Polen zum Beispiel sind in der Zeit von 1981 bis Juli 1989 93 politische Morde begangen worden. Lediglich in zwei Fällen ist es gelungen, die Schuldigen zu ermitteln. Allein während der Unruhen im Dezember 1970 waren 44 Personen erschlagen worden. Sechs Jahre dauerte die Vorbereitung des Prozesses gegen die Verantwortli-

chen. Diejenigen, die die Schuld an den stalinistischen Säuberungen tragen, sind entweder zu alt oder zu krank, als daß man sie noch zur Rechenschaft ziehen könnte. Außerdem hatte die Parteiführung genügend Zeit, die Spuren zu verwischen.

In den Ländern des realen Sozialismus gab es einen gigantischen Apparat für die Tarnung von Verbrechen. Damit nicht genug: Die Verbrechen des Kommunismus lassen sich nur schwer in angemessener Weise von der eindeutigen Sprache des Strafrechts erfassen. Das kommunistische Unrechtssystem spannte viele gesellschaftliche Gruppen und Institutionen in sein Staatsunrecht ein, die in ihrer damaligen Form heute nicht mehr bestehen.

Auf Schwierigkeiten stößt aber nicht nur die Ermittlung der Schuldigen, sondern auch die Erarbeitung von Kriterien für eine rationale Bewertung. Dies um so mehr, als die Grundidee der sozialen Gerechtigkeit, die der Abrechnung mit der Vergangenheit zugrunde liegt, zu den nebelhaftesten und subjektivsten Begriffen überhaupt gehört. Ihre Respektierung ergibt sich aus dem Grundsatz der menschlichen Schicksalsgemeinschaft, die vor allem eine moralische Dimension hat. Alle moralischen Kategorien entziehen sich aber dem Versuch einer strikten Einordnung. Ethik und Moral verlangen nach einfachen Antworten. Die Wirklichkeit des realen Sozialismus läßt sich nicht auf einfache und eindeutige Elemente reduzieren.

Die Freisprechung der Milizfunktionäre und der für die während des Kriegszustandes in Polen begangenen Verbrechen Verantwortlichen ist eine Entscheidung, die den Erwartungen der Öffentlichkeit direkt zuwiderlief. Sie verletzt brutal das elementare Gerechtigkeitsgefühl, das hier mit der Kälte des Rechtes zusammenstößt. Es gibt ein Verbrechen, und es gibt Opfer, aber es gibt weder Schuldige noch Strafen. Die moralischen Aspekte decken sich im Gefühl der Öffentlichkeit nicht mit den juristischen Argumenten, denn der Durchschnittsbürger erwartet den Triumph des Guten über das Böse.

Indessen enthalten die Urteile auch einen Hoffnungsschimmer, denn wenn sich in ihnen auch die ganze Ratlosigkeit des Rechtsstaates gegenüber dem Unrecht des Totalitarismus spiegelt, sind sie doch Entscheidungen unabhängiger Gerichte. In der leichtfertigen Kritik an den Gerichten, die mangels evidenter Beweise keinen Schuldspruch fällen konnten, kommt die ganze Verachtung des Rechtes zum Ausdruck, das bis 1989 nur den verlängerten Arm der Machthaber dargestellt hatte. Daher besteht das größte Problem für den Ausbau der Demokratie in der postkommunistischen Welt darin, der dritten Gewalt, also der Rechtsprechung, das nötige Prestige zu verschaffen.

Für den Kommunismus gab es kein Nürnberg. Die Überwindung des alten Systems war nicht das Ergebnis einer Revolution, die eindeutige Bewertungen allgemein verbindlich macht. Vielmehr verwässerte sich die verbrecherische Aktivität im Verlauf des Übergangs zur Demokratie. Auch wird die Abrechnung mit der Vergangenheit von wachsenden Zweifeln begleitet, ob es überhaupt möglich ist, die Vergangenheit mit juristischen Mitteln zu bewältigen. Wie sollte man das

bis 1989 wirksame Rechtssystem bewerten, dessen Träger doch auch selbst Opfer politischer Manipulationen geworden waren?

Die bisherigen Erfahrungen mit der Abrechnung mit der Vergangenheit erlauben die Feststellung, daß den Opfern des Systems in der allgemeinen Debatte mehr Raum gewidmet wird als den Tätern. Das mag daher rühren, daß die Beschäftigung mit den eigenen Qualen eine persönliche Aufwertung mit sich bringt, daß sie es dem einzelnen erlaubt, sich als Held zu fühlen, und daß damit das Selbstwertgefühl gesteigert wird. Dagegen erfordert die Beschaffung von Beweismaterial viel Zeit und Geld und setzt ein Minimum von Stabilisierung voraus. Tatsächlich springt einem die Gesetzmäßigkeit ins Auge, daß, je größere Fortschritte auf dem Wege der Reformen erreicht werden, desto mehr Raum der Abrechnung mit den Verbrechen des alten Systems eingeräumt wird. Dabei hat jedes Land sein spezifisches traumatisches Kollektiverlebnis, dem es die meiste Zeit und das größte Engagement widmet. Im Falle der ehemaligen DDR ist es das Jahr 1953, für Ungarn das Jahr 1956, für die Tschechoslowakei 1968 und für Polen der Kriegszustand von 1981.

Drittens die Chance einer Gesellschaft der Staatsbürger. Die Demokratie lebt davon, daß die Bürger bewußt an der Gestaltung der neuen Ordnung mitwirken. Ihre wichtigste Stütze ist die offene Bürgergesellschaft. Diese steht am Beginn ihres Weges vor einer Grundsatzfrage: Soll sie sich mit einem dicken Schlußstrich von ihrer kompromittierenden Vergangenheit absetzen, oder soll sie sorgfältig abrechnen? Soll sie vergeben oder Rache üben? Um der Falle zu entgehen, die in der Anwendung einer Kollektivverantwortung für die Vergangenheit besteht, müssen die Völker, die den Rang einer staatsbürgerlichen Gesellschaft für sich beanspruchen, tief in ihr Inneres selbstkritisch blicken. Denn der Totalitarismus hat die Menschen nicht nur ihrer äußeren Freiheit beraubt, sondern auch in einem tieferen Sinn ihrer eigenen Identität, nämlich ihres Rechtes, sie selbst zu sein.

Die Terrorisierung der Menschen von innen hatte zu einer erzwungenen Einmütigkeit geführt. Das kommunistische System hatte sie nicht nur unterworfen, indem es ihnen ihre Souveränität wegnahm. Es hatte vielmehr die ganz gewöhnliche menschliche Schwäche enthüllt. Es war nämlich eine Epoche gewesen, in der man leichten Herzens kleine Kompromisse einging, um kleine Privilegien zu ergattern. Die Gewalt allein reichte nicht aus, das totalitäre System am Leben zu erhalten. Gefordert war auch die Zustimmung der Mehrheit. Blinder Gehorsam und die Duldung eben dieses und nicht eines anderen Herrschaftssystems lassen sich jedoch nicht einfach rechtfertigen. Schließlich trägt jeder Mensch auch dann die Verantwortung, wenn er auf Befehl gehorcht.

Die Bereitschaft zur Beteiligung am neuen System hängt von der Form der zwischenmenschlichen Kontakte ab. Der Aufbau einer neuen Ordnung erfordert ein Mindestmaß von gesellschaftlichem Konsens und von Integration sowohl der Akteure als auch der Mitläufer des alten Systems. Indessen wird die Überwindung der Vergangenheit stets auch zu einer Quelle neuer Teilungen und der Gegenüberstellung: wir und die anderen. Das Verhältnis zur Vergangenheit ist in

fast allen Reformländern zum Hauptkriterium für die Bewertung der politischen Konflikte geworden.

Die sich herausbildenden staatsbürgerlichen Gesellschaften benötigen eine stabile Identität. Im Gegensatz zu Deutschland, das nach 1945 unter starkem Druck der internationalen Öffentlichkeit stand, die eine Abrechnung mit der Vergangenheit erwartete, muß die postkommunistische Gesellschaft diese Abrechnung von sich aus vornehmen. Obwohl die Außenwelt nicht derartige Forderungen an sie richtet, zeigen die Völker dieser Region dieselbe Tendenz wie die postfaschistischen, die Abrechnung mit der Vergangenheit vor sich her zu schieben.

Mir scheint, daß es an der Zeit ist, die alte, nach 1945 formulierte These zu überprüfen, wonach der Wohlstand, der den Deutschen allzuschnell zuteil geworden sei, nicht dazu angetan gewesen sei, die Bereitschaft zum Bedauern und zur Reue zu steigern. Mein Eindruck ist, daß auch Armut und wirtschaftliche Schwierigkeiten ebenso eine Verdrängung der Vergangenheit und der Bereitschaft zur persönlichen Abrechnung mit der Geschichte begünstigen. Diese Tendenz offenbart in gewissem Sinne das Drama einer psychologisch motivierten Selbstverteidigung. Die Überwindung der Vergangenheit ist nämlich auch eine bedeutende Anstrengung der Menschen, mit der sie Ansehen und Akzeptanz bei ihrer Umwelt für sich selbst und für ihre Nation und ihren Staat gewinnen wollen. Man erwirbt damit die Voraussetzungen dafür, daß man sich wieder als jemand fühlen kann, der eine gewisse Position einnimmt. Dieses Streben wird selten von Scham auf Grund der Vergangenheit begleitet.

In den Transformationsländern stellt die Realisierung der Lustrationsgesetze, die die Abrechnung und die Reinigung des öffentlichen Lebens miteinander verbinden, für die Bürger eine große Herausforderung dar. Die Bürger müssen sich der Tatsache bewußt sein, daß es eine einzige und endgültige Abrechnung mit der Vergangenheit ein für allemal nicht geben kann. Die Lustration erfordert nicht nur Mut, sondern vor allem reife Weisheit. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist ein Prozeß, der kein Ende kennt. Die Geschichte hat keinen Hauptbuchhalter, der eine endgültige Abschlußbilanz erstellen könnte. Deswegen ist die Öffnung der Archive eine zwar wichtige, aber keine ausreichende Bedingung für das Vordringen zur Wahrheit. Eine nicht ordentlich durchgeführte Lustration kann sich zu einer Bedrohung für die Sicherheit des Staates auswachsen. Man muß sich eben vor Augen führen, welche politischen Interessen es bei der Diskussion und bei der Lustration gibt. Denn das historische Gedächtnis darf nicht zu einem Festtagsereignis werden, sondern muß dem Alltag gehören, der sich in der Respektierung der Menschenrechte bewährt.

Viertens einige kurze Schlußfolgerungen: Die Erfahrungen mit der Abkehr vom Kommunismus mahnen vor allem zu Bescheidenheit. Die Praxis der Entkommunisierung hat gezeigt, daß es dafür weder Patentlösungen noch fertige Rezepte gibt. Wenn es die Vorstellung von einer Ideallösung für die Überwindung der Vergangenheit gibt, so ist sie in der Realität nicht anwendbar. Der Prozeß der Aufarbeitung der Vergangenheit umfaßt ja alle Lebensbereiche und ist voll von inneren Widersprüchen. Diese ergeben sich vor allem aus der Tatsache, daß die

Abrechnung mit der Vergangenheit in einer Zeit gewaltiger institutioneller und mentaler Veränderungen vor sich geht, in einer Zeit, die gelehrt hat, daß die Demokratie – jenes verheißene Land nach den Wünschen der postkommunistischen Gesellschaft – eine äußerst komplizierte Wirklichkeit darstellt. Dies ist eine Zeit, in der man sich intensiv in die Geschichte und die Politik verbeißt. Moralische Bewertungen, das historische Gedächtnis und soziale Empfindlichkeit verschmelzen zu einem einzigen Ganzen.

Die Transformation der mittelosteuropäischen Länder wird nicht von einer Revolution des Geistes und der Gedanken beflügelt, nicht von großen politischen Traktaten, nicht von politischen und philosophischen Ideen. Über dem Marsch in die neue Realität flattert nicht das Banner der Brüderlichkeit der Völker oder der Veredelung des Menschen. Als Europa vor 200 Jahren vom Fieber der Aufklärung erfaßt wurde, betrachtete man die allgemeine Bildung und die gründliche Erziehung des Menschen als Garantien für die Befreiung der Völker von Despotie und Machtmißbrauch. Bildung und Erziehung zum Staatsbürger spielen auch heute eine zentrale Rolle bei der Herausbildung einer neuen politischen und gesellschaftlichen Persönlichkeit in den pluralistischen Demokratien. Indessen erfordert das Erziehungssystem in den postkommunistischen Ländern heute fundamentale Reformen – und das in einer Zeit, da die eigentlichen Orte der Sozialisierung, die Schulen und Lehranstalten, die Familie und die Kirche eine tiefe Krise erleben. Überdies lassen Revolutionen keine Zeit zum Lernen. Die Erfahrung mit der Entnazifizierung ist bei der Abrechnung mit dem Kommunismus kaum eine Hilfe gewesen.

Die historische Erinnerung, eine Voraussetzung für eine demokratische Umgestaltung, erfordert eine echte politische Erziehung. Die mit der Reform beschäftigten Länder, die sich mit existentiellen Problemen herumschlagen müssen, haben jedoch weder die Zeit noch den Willen oder die finanziellen Mittel, Stätten für die politische Bildung einzurichten, die in den postfaschistischen Ländern beim Prozeß der gesellschaftlichen Umerziehung eine so wesentliche Rolle gespielt hatten. Vom Charakter der politischen Bildung hängt aber in hohem Maße ab, welchen Nutzen die zur Demokratie bekehrten Völker aus der historischen Erinnerung ziehen können. Als eine der bitteren Erfahrungen der letzten Jahre hat sich die Entdeckung erwiesen, daß auch heute, da es weder Zensur noch äußeren Zwang gibt, wieder eine Manipulation der historischen Erinnerung vorkommt. Hier bestätigt sich die schlichte Wahrheit, daß jede Generation ihre Geschichte von neuem schreibt und sie nach ihren nationalen und patriotischen Verdiensten neu bewertet.

Obwohl in den Ländern östlich der Oder eine ganze Reihe von Publikationen über die jüngste Vergangenheit erschienen sind, fehlt es noch an ernsthaften wissenschaftlichen Analysen und an einer objektiven Bewertung des Marxismus-Leninismus und der kommunistischen Praxis. Im Vordergrund steht bei den Veröffentlichungen immer noch die Politik, nicht die wissenschaftliche Strenge. So kommt es zur Manipulation des eigenen Wissens. Der Druck der linksgerichteten wie der rechtsgerichteten politischen Verlautbarungen macht den

Durchschnittsbürger ratlos; er weiß nicht mehr, was er verteidigen und was er verdammen soll. Nach 1989 erwarteten viele voller Idealismus, daß die Historiker nun ihre Schubladen aufzögen und fertige Arbeiten vorlegten, die zu einer Veränderung des historischen Bewußtseins der Völker führen könnten. Tatsächlich aber erwies sich, daß Publizisten aus der Emigration auf dem Markt der Veröffentlichungen dominierten. Zwar gab es in weiten Kreisen ein Bedürfnis nach Wahrheit, aber es gab eben auch Sensationslust. In der privatisierten Kollektiverinnerung sind die Normen patriotischer Bilder verbindlich, denn das historische Bewußtsein muß sich nicht immer mit den historischen Erkenntnissen decken. Es ist schon erstaunlich, wie gering sich die Auseinandersetzung mit dem Wesen des Kommunismus entwickelt hat. Statt dessen gelten einfache und oberflächliche Wahrheiten als verbindlich, und der Kommunismus bleibt nach wie vor das große Rätsel unseres Jahrhunderts.

Das historische Gerechtigkeitsgefühl deckt sich nicht mit der Praxis des Rechtsstaates. In jeder Gesellschaft, die mit der kommunistischen Unfreiheit Bekanntschaft gemacht hat, besteht nämlich ein allgemeines Bedürfnis nach moralischer Eindeutigkeit, nach einer eindeutigen Erklärung der Welt. Der Zusammenprall von Demokratie und Kommunismus wird schlicht manichäisch als der Kampf des Guten gegen das Böse gedeutet. Der Alltag des Rechtsstaates aber verlangt nach anderen Prinzipien. Er kann den Menschen weder ihre verlorene Würde zurückgeben noch sie materiell entschädigen.

Die Grundlagen der Entkommunisierung stehen in einem inneren Widerspruch zueinander. Demokratie heißt, daß die Bürger bei der Gestaltung der neuen Ordnung mitwirken und Verantwortung übernehmen. Aber die Entkommunisierung bedeutet den Ausschluß ganzer gesellschaftlicher Gruppen, die durch ihre Zusammenarbeit mit dem alten Regime belastet sind. Damit können die Abgesetzten und Besiegten nicht zu vollwertigen Bürgern werden. Die Demokratie verlangt ein Mindestmaß von Würde, die Kunst des Kompromisses und die Bereitschaft zum Dialog – aber die Entkommunisierung schafft neue Teilungen und Konflikte. Deswegen ist es eine der Grundaufgaben der neuen Demokratie, Lösungen zu finden, die eine Integration der Gesellschaft im Einklang mit den elementaren Verpflichtungen gegenüber den Opfern des alten Regimes und der eigenen Vergangenheit ermöglichen.

Man sollte erwarten, daß die Völker Mittelosteuropas Schritt für Schritt zu einer neuen demokratischen Wirklichkeit übergehen. In dieser werden nicht nur die Kenntnisse der vergangenen Epoche zählen, sondern auch deren Anwendbarkeit. Die Kenntnisse von den beiden Diktaturen, die Europa im 20. Jahrhundert erlebt hat, werden immer umfangreicher. Die Wirklichkeit des ablaufenden Jahrhunderts aber zeigt, daß diese Kenntnisse immer weniger bedeuten. Zwar ist in der Welt der Wissenschaft das Interesse an der Problematik des Totalitarismus beachtlich, doch stellen wir uns selten die Frage, worin denn die Konsequenzen für das Verhalten und das Bewußtsein des einzelnen und der Gesellschaft bestehen. So wie aus der Kenntnis des Holocaust Verpflichtungen für politische Entschei-

dungen erwachsen, so müssen auch aus der Kenntnis des Kommunismus konkrete Folgerungen für die Demokratie gezogen werden.

Hierin liegt vor allem eine Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen. Denn die neue Generation, die jetzt heranwächst, ist in keine Kompromisse verstrickt. Sie sieht sich versucht, die kommunistische Vergangenheit völlig neu zu bewerten. Was können wir ihr an die Hand geben? Wichtig ist, daß wir uns der Tatsache bewußt sind, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit eine Aufgabe mit vielfältigen Facetten ist und in einem tiefreichenden politisch-sozialen Zusammenhang steht. So sollten wir die junge Generation zum Nachdenken darüber anregen, daß der Totalitarismus vor allem die beunruhigende Erfahrung enthält, wozu der Mensch alles fähig ist. Was alles kann aus uns werden? Hier liegt die Erkenntnis, daß es für den Menschen unbegrenzte Möglichkeiten gibt, sich wechselnden Bedingungen anzupassen. Wenn man bedenkt, daß seit dem Ende des Dritten Reiches, das nur zwölf Jahre bestanden hat, schon mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist, ohne daß es uns schon gelungen wäre, mit allen Problemen, die der Nazismus mit sich gebracht hat, fertig zu werden, drängt sich die Frage auf, wieviel Zeit wir wohl noch benötigen werden, um zu verstehen, was der eigentliche Geist der Epoche gewesen ist, die unser Leben ausgefüllt hat und was unser Anteil daran gewesen ist. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, verehrte Frau Professor, unser herzlichstes Dankeschön. Es hat bisher vier unter uns gegeben, die das Privileg hatten, nicht nur zuhören zu dürfen, sondern auch reden zu können. Das wird in den nächsten 60 Minuten anders sein. Jetzt dürfen sich auch eine ganze Reihe von anderen zu dieser Fragestellung äußern, die die beiden, die bisher dazu referiert haben, eindeutig mit Ja beantwortet haben. Sie können Ihre Meinung dazu äußern, Nachfragen an die beiden Referenten stellen oder auch mit kurzen Berichten belegen, warum Sie ja oder nein zu dieser Fragestellung sagen würden. Wir haben erste Wortmeldungen. Die erste ist von Professor Weber, bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Wir können sicher alle den Referenten – dabei möchte ich auch die beiden Einführungsreferate einbeziehen – dankbar sein, daß sie die klare Antwort gegeben haben, daß nicht Verdrängung, sondern Aufarbeitung eine Voraussetzung für den Ausbau der Demokratie ist, und bereits eine ganze Reihe von konkreten Beispielen gebracht haben, warum dies notwendig ist. Wir werden ja noch über justitielle und politische Aufarbeitung in der Diskussion zu sprechen haben.

Ich möchte daher nur ein einziges Problem ansprechen, das mich insbesondere deswegen bewegt, weil Frau Wolff-Poweska in ihrem Schlußwort ganz kurz darauf eingegangen ist, es aber ansonsten nicht behandelt wurde. Es handelt sich um die Frage: Welche Rolle kann bei dieser notwendigen Aufarbeitung die Wissenschaft spielen? Es ist klar, daß Wissenschaft auf der einen Seite bedeutet, bei dieser Aufarbeitung von Emotionalisierung und von Instrumentalisierung wegzukommen. Herr Gruša hat ja in seinem sehr beachtlichen und bedenkenswerten

Referat darauf hingewiesen, daß Aufarbeitung eigentlich sehr viel stärker gegenwartsbezogen ist. Das muß ja bei Wissenschaft etwas anders aussehen. Sie kann eine andere Grundlage geben als eine bloße Verdammung, die hier mit Recht als nicht genügend bezeichnet wurde, da sie auch den Boden für Rechtsradikalismus bereiten kann. Es muß nicht sein, daß damit wirklich Demokratie fundamentiert wird. Eine der notwendigen Voraussetzungen – das wäre meine Einschätzung – einer tatsächlichen politischen und moralischen Aufarbeitung ist die wissenschaftliche Erforschung dieser Jahrzehnte; ich denke, daß man ohne sie nicht auskommt.

Damit bin ich bei einem zweiten Thema, das ich immer wieder betone: Dies bedeutet auch Öffnung der Archive. Ich möchte die Referenten fragen, wie das in den jeweiligen Ländern aussieht. Nach meiner Kenntnis sind wir da nicht in einer so günstigen Lage wie bei den DDR-Archivalien, die im Gegensatz zu den westdeutschen, deren Öffnung ich immer wieder anmahne, mehr oder weniger offen sind. Das ist in Polen und anderen Ländern ja doch bedenklich. Herr Kollege Schröder hat auf die Stasiakten verwiesen, die zugänglich sind. Wie sieht das andernorts aus? Die Wissenschaft wird letztendlich zwar nicht durch die bloße Betrachtung der Archive die historische Wahrheit finden, das ist eine etwas zu einfache Sicht, aber sie wird ohne den Zugang zu all diesen Archiven nicht in der Lage sein, diese anfallende Aufgabe zu bewältigen. Mir kommt es auf Ihre Sicht der Frage an, welche Bedeutung in diesem Prozeß der Aufarbeitung die wissenschaftliche Forschung, die meines Erachtens nicht hoch genug angesetzt werden kann, hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Gerade was den zweiten Teil der Frage von Herrn Professor Weber angeht, möchte ich unsere ausländischen Konferenzteilnehmer bitten, sich zu Wort zu melden und dazu etwas aus ihrer eigenen Sicht und Erfahrung zu sagen. Das wäre sicher hilfreich. Als nächster erhält Professor Wilke das Wort.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der in der ganzen Diskussion bislang nur am Rande gestreift worden ist, nämlich die Frage der Bedeutung von Exil und Emigration für den Wiederbeginn und die Befestigung von Demokratie. Ich will zur Illustration kurz auf die westdeutschen Erfahrungen eingehen. Ich muß als jemand, der 1968 auch zu den Protestierenden gehörte, die etwas holzschnitzartige Version, die Richard Schröder vorgetragen hat, daß erst mit uns in Westdeutschland die Auseinanderung mit dem Nationalsozialismus richtig losgegangen sei, doch ein wenig korrigieren. Es ist zwar sehr schön, wenn man sich ein solches Lob an die Brust heften kann, aber es ist nicht richtig und nicht wahr. Bei dieser Frage spielen von den Nazis verjagte oder vor ihnen geflohene Emigranten eine ganz wichtige Rolle.

Befestigung der Demokratie: Ich nenne, da wir in Berlin sind, zwei Namen von Bürgermeistern. Da ist der aus dem türkischen Exil zurückgekommene ehemalige erste Generalsekretär der KPD Ernst Reuter, der als Sozialdemokrat den Westteil der Stadt während der sowjetischen Blockade 1948 verteidigte. Da ist der aus dem norwegischen und schwedischen Exil, aber schon als norwegischer

Staatsbürger nach Berlin zurückgekommene Willy Brandt, der sich in der Diskussion um die Frage, auf welcher Seite bei der beginnenden deutschen Teilung Demokratie und Recht sind, für die westliche Demokratie einsetzte und die SED, die im Ostteil der Stadt, wo wir uns jetzt befinden, regierte, 1948 als eine Partei der Quislinge und der sowjetischen Besatzungsmacht geißelte und von den Deutschen verlangte, sich gegen diese neue Diktatur zu stellen. Da ist in der Uniform der amerikanischen Anklägers der preußische Justizbeamte Kempner, der die Anklage gegen die Nazis und die Kriegsverbrecher in Nürnberg vertrat. Schließlich ist da – und damit will ich schließen – der Jurist Fritz Bauer, der hessische Generalstaatsanwalt, der zehn Jahre vor dem Jahre 1968 in Frankfurt den großen Auschwitz-Prozeß gegen die Mörder auf die Tagesordnung setzte.

In diesem Sinne will ich auch noch einmal an die große Bedeutung der Künstler und Schriftsteller, die aus der Emigration in dieses Nachkriegsdeutschland zurückkehrten, erinnern: Thomas Mann, Bert Brecht und all die anderen. Ich frage einfach einmal in unserer Diskussion, welchen Stellenwert Exil und Emigration für den Neuanfang in den Ländern des ehemaligen sowjetischen Imperiums haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich möchte jetzt noch eine Wortmeldung aus der Kommission zulassen und dann an zwei unserer ausländischen Gäste das Wort erteilen.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich möchte mit einem Gleichnis die Frage beantworten, ob man verdrängen darf. Wenn ein Flugzeug abgestürzt ist, findet man in der Regel die Trümmer, aber für die Aufklärung ist meist der Flugschreiber das eigentlich Interessante. Im Unterschied zu unseren menschlichen Problemen ist der Flugschreiber eine unbestechliche Maschine. Der Mensch ist in der Regel beteiligt und hat auf Grund seiner Emotionen eine gewisse besondere Befangenheit. Ich glaube, daß das eines der wesentlichsten Probleme der Bewältigung zu einer Zeit ist, wo Lebende mitbewältigen müssen, was in ihrer Lebenszeit vorgegangen ist. Diesen Identitätstrotz, wie Sie es, lieber Richard Schröder, nannten, kann man auf diese Weise erklären.

Ich will eine kleine Episode – ohne Genaueres zu sagen – aus den letzten Minuten nennen. Als wir uns hier nach langer Zeit wiedertrafen und gemeinsam in der Volkskammer waren, diskutierten wir ein kleines Detail der dortigen Vorgänge und hatten beide ein unterschiedliches Bild von dem gleichen Vorgang. Ich will ihn hier nicht nennen, aber Sie sehen daran, wie schwierig es ist, trotz objektiven Willens eine Erinnerung richtig darzustellen, ohne etwas falsch darzustellen. Wenn man eine Wohnung aufräumt, um sie zu verlassen, räumt man gelegentlich auch den übervollen Bücherschrank auf. In der Regel nimmt man die Bücher mit, die einen aktuell interessieren, und wirft die weg, von denen man meint, sie ohne Beziehungsnot vermissen zu können. Genau das ist das Verfahren, das unbewußt jeder Lebende mit seiner eigenen Geschichte treibt.

1990 waren wir uns, wenn ich mich richtig zurückerinnere, in der Volkskammer absolut einig, daß die, die bei der Stasi waren, sich ein besonderes Mißfallen der

Gesellschaft eingehandelt haben. Aber kurz nachher waren es die Briefträger und die Lehrer. Dadurch ist Identitätstrotz entstanden, weil der Kreis derer, den man zum Wirkungsmechanismus des Systems zählte, zum Teil in einer Weise erweitert wurde, die den Tatsachen nicht immer Rechnung trug. Mein Mathematiklehrer hat mir beispielsweise Mathematik und nichts anderes beigebracht, um das einmal so zu nennen. Durch andere habe ich anderes gelernt.

Ich möchte dieses in Fragen verdichten, die ich an die Referenten der bisherigen Vorträge habe. Meine erste Frage ist mehr an Richard Schröder gerichtet: Wie kann man die Befangenheit der Beteiligten, um zur Wahrheitsfindung zu kommen, aufbrechen? Es gibt nicht nur in der Technik eine Halbwertzeit, die allerdings umgekehrt orientiert ist, daß nämlich etwas in halben Zeiten abnimmt. Ich glaube, Wahrheit nimmt in der Hälfte der Zeit zu. Wie kann man diese Zunahme organisieren? Wie kann man eine Bekenntnisbereitschaft erreichen? In der Regel haben wir es bisher so gehandhabt, daß derjenige, der bekannt hat, bei der Staatssicherheit zu sein, aus seiner Beamtenstellung flog. Das betraf die, die nicht bekannt haben, genauso wie die, die bekannt haben. Wie kann man also Bekenntnisbereitschaft wecken?

Meine zweite Frage lautet: Wie kann man verfälschende Bühnenbeleuchtung der Geschichte vermeiden? Frau Wolff-Poweska hatte davon gesprochen, daß zum Teil Sensationslust verfälscht hat. Ich hatte es selbst erlebt, daß 1989/90 mir 26- und 27jährige Journalisten aus der alten Bundesrepublik, also aus dem Westen, wie wir damals sagten, erklärt haben, wie ich in der DDR gelebt habe. Obwohl sie garantiert gar keine Ahnung davon hatten, haben sie dann aber darüber großartig geschrieben. Damit haben sie Aussagen und Geschichte mitgeprägt.

Schließlich – das ist die letzte Frage -: Was kann man tun, daß wir die unglaublichen, in wirklich geschichtlicher Bereitschaft gesammelten Informationen so verdichten können, daß das Wesentliche deutlich wird. Das ist auch das Problem unserer Enquete-Kommission. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bevor ich dem ersten ausländischen Konferenzteilnehmer das Wort erteile, möchte ich als Vorgehensweise vorschlagen, daß erst alle nacheinander mit ihren Statements und Fragen drankommen und erst ganz zum Schluß, also kurz vor der Mittagspause, den angefragten Referenten die Möglichkeit gegeben wird, noch auf Fragen zu antworten. Ich unterstelle nämlich, daß mancher, der sich jetzt noch zu Wort gemeldet hat, keine Fragen stellt, sondern einen kurzen Bericht abgeben will oder seine Meinung erläutern möchte. Ich gebe jetzt Herrn Panov aus Bulgarien das Wort.

Asparuch Panov: Danke schön, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren! Ich komme, wie Sie schon gehört haben, aus Bulgarien. Eigentlich sollte Bulgarien durch den Ex-Staatspräsidenten und ehemaligen Dissidenten Dr. Schelju Schelew vertreten werden. Er konnte aber aus privaten Gründen nicht hierherkommen. Deshalb habe ich nun das Glück, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Ich will meine Ausführungen mit einem lustigen Beispiel aus der DDR-Zeit beginnen. Ich habe zu Hause ein Büchlein mit dem Titel „250 Jahre Akademie der

Wissenschaften der DDR“. Dieser Titel klingt heute ein bißchen witzig. Er zeigt aber gleichzeitig, wie tiefgehend die Probleme sind, die wir hier diskutieren, und wie kompliziert es ist, dieses belastende Erbe zu überwinden.

Für Bulgarien war die kommunistische Zeit die schlimmste Zeit in unserer Geschichte. Das ist wahrscheinlich der größte Unterschied zu Deutschland, wo man nach 1945 zum zweitenmal die Aufgabe hatte, ein ungeliebtes Erbe zu überwinden. Bulgarien war – alle wissen das – im Zweiten Weltkrieg ein Verbündeter Deutschlands. Aber wir haben nie eine richtige faschistische Diktatur gehabt. Das Regime war autoritär, aber nicht totalitär. Es gab auch ein Parlament. Natürlich gab es viele Beispiele für schwere Verletzungen der Menschenrechte. Aber wie Sie sich erinnern, hat Bulgarien 50 000 Juden in dieser Zeit gerettet.

Nach 1945 wurden unter dem Deckmantel des Antifaschismus all die, die dem kommunistischen Regime gefährlich werden konnten, getötet, kaltgestellt oder auf das Land abgeschoben. Auf diese Weise wurde die gesamte Elite vernichtet. Fast 100 Abgeordnete wurden zum Tode verurteilt. Unter diesen Abgeordneten befanden sich welche, die für die Rettung der Juden gestimmt haben. Das ist die Widersprüchlichkeit eines solchen Systems.

Ich komme nun zur Beantwortung der Hauptfrage, die am Anfang gestellt wurde. Auch ich beantworte diese Frage mit Ja, tausendmal Ja. Aber die Aufarbeitung ist ein langer Prozeß. Die Ergebnisse dieses Prozesses hängen auch von der Entschlossenheit und von der Geschwindigkeit ab.

Wie beurteile ich die politische Situation hinsichtlich der Aufarbeitung? Wir haben mit diesem Prozeß 1990 begonnen. Wir waren aber damals, wenn ich das sagen darf, zu idealistisch. Wir wollten auf keinen Fall beschuldigt werden, daß wir Rache üben wollten. Wir wollten diese Aufarbeitung im Geiste richtiger Europäer durchführen. Aber wahrscheinlich wegen dieser Haltung konnten wir acht Jahre lang keine Mehrheit für die Öffnung unserer Stasiakten finden. Erst in diesem Jahr wurde ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, diese Akten zu öffnen. In der Zwischenzeit waren die Akten teilweise vernichtet worden; teilweise gab es sogar einen schwarzen Markt für diese Akten. Viele Politiker wurden auf Grund ihrer Akten erpreßt. Ich glaube, daß das Nichtöffnen der Akten eine der wichtigsten Ursachen für die politische Instabilität in Bulgarien in dieser Zeit war.

Ich will noch ein kleines Beispiel geben: Ende 1991 haben wir ein Bankengesetz verabschiedet. Damals wollten wir einen Paragraphen einführen, der beinhaltete, die leitenden Bankangestellten, die zu eng mit den Machtstrukturen der kommunistischen Partei verbunden waren, für die Dauer von fünf Jahren zu entfernen. Leider hat das Verfassungsgericht diesen Paragraphen nicht akzeptiert. Viele führende Parteiaktivisten, die im Banksektor gearbeitet haben, haben zu dem Bankkollaps bei uns beigetragen.

Wir müssen uns immer wieder klar darüber werden: Die Aufarbeitung ist ein langer Prozeß. Wenn ich aus der zeitlichen Distanz auf die vergangenen sieben

Jahre zurückblicke, kann ich sagen: Man hätte vieles schneller machen können. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Panov. Ich bitte jetzt Herrn Professor Ceausescu aus Rumänien um das Wort.

Prof. Dr. Gheorghe Ceausescu: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mich erst einmal für die Einladung und die Möglichkeit, an dieser wichtigen Veranstaltung teilzunehmen, bedanken.

Herr Eppelmann, darf ich Sie daran erinnern, daß es im September 1996, als der damalige Kandidat für die Präsidentenwahl und heutige Präsident Rumäniens, Prof. Emil Constantinescu, Bonn besucht hat, auf unseren Wunsch ein Treffen mit Ihnen und Prof. Constantinescu gab? Daran haben noch Führer anderer demokratischer Parteien teilgenommen. Sie wollten sich über die Vorgehensweise in Deutschland hinsichtlich der Aufarbeitung informieren, denn Deutschland ist für uns auch auf diesem Gebiet ein Modell.

Ich will auch daran erinnern, daß wir, also die damalige Opposition und nicht die Regierung, Herrn Joachim Gauck 1992 nach Rumänien eingeladen haben. Er war in Bukarest und hat uns erklärt, wie in Deutschland mit den Stasiakten verfahren wird. In Rumänien hatte die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt auf diesem Gebiet absolut nichts getan.

Eine kurze Parenthese. In den Materialien, die wir bekommen haben, war auch ein Referat von Herrn Oschlies, das Rumänien betrifft. Es gibt dort noch sehr große dokumentarische Lücken. Diese Lücken müssen ergänzt werden, um mit einer seriösen Auswertung anfangen zu können.

Zurück zu meinen Ausführungen. Das Problem mit den Akten – der Kollege aus Bulgarien hat uns erklärt, wie die Situation in Bulgarien ist – ist in Rumänien noch größer als in den anderen Ländern. In der ehemaligen DDR hatte man ein paar Tage Zeit, Akten zu vernichten. Ich habe bei meinem Besuch der Gauck-Behörde gesehen, wie viele Akten man vernichtet hat. In Rumänien hatte man sieben Jahre Zeit. Nicht nur das: Wir wissen jetzt, daß schon in der Ceausescu-Zeit Akten vernichtet wurden. Ceausescu hatte nämlich befohlen, daß man die Akten der Parteimitglieder, die auch Kolloborateure der Securitate, also der rumänischen Stasi, waren, vernichtet. Seit dieser Zeit kann man keine Akten über inoffizielle Mitarbeiter der Securitate, die Parteimitglieder waren, finden. Deswegen kann man heute zu dem Eindruck gelangen, daß alle inoffiziellen Mitarbeiter nicht Parteimitglieder waren. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Es besteht die Gefahr, daß man Akten verfälscht hat. Nach der Wende hat man versucht, zu beweisen, daß verschiedene Politiker, wie der leider verstorbene Herr Coposu, die Demokraten waren, Kolloborateure der Securitate gewesen sind. So wurde in dieser Zeit der politische Kampf in Rumänien geführt. Dieses Beispiel zeigt, wie kompliziert die Sache mit den Akten ist. In diesem Moment diskutiert man – es gibt mehrere Entwürfe – ein Gesetz, das den Aufbau einer Art Gauck-Behörde regeln soll. Aber noch ist die Entscheidung

nicht gefallen. Wir Demokraten haben zwar die Wahl gewonnen, aber die Macht haben wir noch nicht in unseren Händen. Die konservativen Kräfte sind noch immer sehr stark. Die politische Krise in Rumänien – vielleicht haben Sie davon gehört – ist auch durch die Reaktion der konservativen Kräfte zu erklären. Ich will in diesem Zusammenhang aber nicht auf weitere Einzelheiten eingehen.

Ich will noch an einen weiteren Punkt erinnern. In bezug auf das Jahr 1989 sprach man von Revolution in diesen Ländern. Es stimmt, es waren revolutionäre Bewegungen; es gab revolutionäre Tendenzen. Wir sollten aber eine Sache nicht vergessen. Es gab Revolutionen und Kämpfe für die Demokratie schon von Anfang an in diesen Ländern. Schon 1944 hat überall in diesen Ländern der Kampf angefangen, denn der Kommunismus entsprach nicht dem Willen dieser Nationen. Er kam vielmehr durch die sowjetischen Panzer. Er blieb, solange die sowjetischen Panzer noch ein Machtfaktor waren. Der Widerstand – 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und während der Solidarnosc-Zeit in Polen – scheiterte – das darf man nicht vergessen –, weil die Macht der Panzer sehr stark war. Erst in dem Moment, in dem ihre Macht nicht mehr so stark war, konnte man etwas tun.

Ich bin der Meinung, daß es überall in diesen Ländern konservative Kräfte gibt, die vermeiden wollen, daß man eine Demokratie aufbaut. Das spiegelt sich in dem Kampf für die Vergangenheit wider. Wir konnten in Rumänien hören, wir sollten die Vergangenheit vergessen. Es wurde gefragt, was sie uns noch interessiere. Man solle nur in die Zukunft blicken. Aber wie schon viele gesagt haben: Man kann nicht eine demokratische Zukunft aufbauen, ohne die Vergangenheit zu kennen. Die Wahrheit als Prinzip muß existieren. Darum sind wir dafür, daß die Vergangenheit erforscht wird und daß wir sie erkennen.

Erlauben Sie mir noch eine Schlußbemerkung. Man hat gesagt, daß es keine gute Sache ist, die Menschen, die während der Stalin-Ära kriminell gehandelt haben und die nun alt und teilweise krank sind, jetzt vor Gericht zu stellen. Es entspreche nicht der Vorgehensweise eines Rechtsstaates. Darauf kann ich nur sagen: Die Wahrheit muß gesagt werden, und man muß sie offen vertreten. Es gab in Rumänien einen Kriminellen, der genauso kriminell war wie Heinrich Himmler, nämlich General Nikolski. Als man ihn nach der Wende gefragt hat, was er getan habe und wie er seine Vergangenheit beurteile, hat er gesagt: Ich hätte nie gedacht, daß es zu einer Situation wie im Dezember 1989 kommen wird. Diese Menschen waren also der Meinung, daß diese Situation ewig andauern würde.

Ich stelle mir daher die Frage, warum wir diese Kriminellen nach unterschiedlichen Kriterien beurteilen sollen? Manchmal liest man in der Presse, daß ein früherer SS-Mann entdeckt wurde und daß es zu einem Prozeß kommt. Das ist gut und richtig. Warum gilt das gleiche nicht für die kommunistischen Kriminellen? Grundsätzlich gilt, daß sie genauso kriminell waren.

Man hat hier noch gesagt, daß im Kommunismus nicht alles schwarz war. Natürlich, nichts auf der Welt ist nur schwarz. Aber der Kommunismus war als System genauso kriminell wie der Nationalsozialismus. Man sollte sich keine Illu-

sionen machen. Man findet all die Verbrechen, die es im Nationalsozialismus gab, auch im Kommunismus. Die Aussage, daß der Sozialismus in der Theorie gut sei, aber in der Praxis falsch umgesetzt worden sei, spiegelt ebenfalls eine Illusion wider. Vor einer solchen Aussagen müssen wir uns hüten, denn auch beim nächsten Mal würden wir wieder feststellen, daß die Praxis schlimm gewesen ist.

Auf die gestellte Frage antworte ich mit Ja. Wir müssen die Vergangenheit kennen. Der Austausch von Meinungen und der Vergleich der Situationen sind sehr wichtig. Im Grunde genommen waren alle Menschen aus den ex-sozialistischen Ländern in demselben System. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Ceausescu. Ein Blick auf meine Uhr zwingt mich, auf zwei Dinge aufmerksam zu machen. Zum einen möchte ich Sie herzlich bitten, darauf zu achten, daß wir noch vier Arbeitssitzungen haben. Sie müssen also jetzt nicht alles ansprechen. Wir werden mit der Zeit nicht auskommen, wenn es uns nicht gelingt, die noch folgenden Beiträge auf fünf Minuten zu begrenzen. Zum zweiten möchte ich für diese Runde die Rednerliste schließen, wenn sie damit einverstanden sind. Wenn noch jemand zu Wort kommen möchte, dann soll er sich bitte sofort melden. Später akzeptiere ich keine Wortmeldung mehr. Als nächster hat Professor Burrichter das Wort.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Schröder, Sie haben zu Recht und aus guten Gründen daran erinnert, daß eine überzeugende antikommunistische Grundhaltung noch nichts über das Demokratieverständnis der jeweiligen Person aussagt. Im Hinblick auf die Aufarbeitung würde ich diese Aussage positiv formulieren: Die Aufarbeitungsarbeit hat als normative Conditio sine qua non die Demokratietheorie. Vor diesem Hintergrund möchte ich mit Ihnen Ihr Demokratieverständnis diskutieren.

Sie haben verschiedentlich darauf hingewiesen – Frau Wolff-Poweska hat übrigens eine ähnliche Position skizziert –, daß die Institutionen der Demokratie akzeptiert werden müssen. Nun erinnere ich daran, daß wir in der alten Bundesrepublik in den 50er Jahren eine breite Diskussion zu Themen der politischen Bildung hatten. Es wurde damals – wie ich glaube, sehr gut begründet – darauf hingewiesen, daß die bis dahin praktizierte politische Bildung vor allen Dingen den Jugendlichen die Demokratie nur unzureichend vermittelt hat, indem die Demokratie als Verfahren behandelt wurde. Sie hatten gelernt, sich in den demokratischen Institutionen zurechtzufinden. Was aber festgestellt werden mußte: Das entscheidende Defizit war, daß ihnen nicht bewußt war und vermittelt worden ist, was denn nun Demokratie eigentlich ist. Dem Vorhalt Demokratie als Verfahren wurde der Vorhalt Demokratie als Lebensweise, was mehr ist, entgegengehalten.

Ich bin der Meinung, daß wir uns bei den gegenwärtigen Aufarbeitungsprozessen auch über die zu registrierenden Unzulänglichkeiten unseres Demokratiever-

ständnisses bewußt sein sollten. Vielleicht kann ja der Aufarbeitungsprozeß dazu beitragen, unseren Demokratiediskurs wieder anzuheizen. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Als nächster spricht der Kollege Markus Mekel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Wir führen dieses internationale Symposium zu den Fragen der Aufarbeitung durch, weil wir in der Kommission der Überzeugung waren, daß Aufarbeitung von Vergangenheit nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Aufgabe ist. Soll diese Aufarbeitung nur im Osten Europas stattfinden? Oder ist nicht auch der Westen herausgefordert, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen? Diese offenen Fragen, die uns hier beschäftigen sollten, möchte ich an den Anfang stellen.

In manchen Staaten Mittel- und Osteuropas hieß es 1990, man wolle zurück nach Europa. Was damit gemeint war, ist klar: Man wollte Anschluß an die westlich geprägte, anglo-amerikanische Tradition der Demokratie gewinnen. Ich sage das ganz bewußt so konkret, weil in dem Vortrag von Richard Schröder manche Unterschiede im Demokratieverständnis angesprochen worden sind, die für uns wichtig sind.

In der Formulierung „Zurück nach Europa“ ist nicht berücksichtigt – abgesehen davon, daß Warschau, Prag oder Budapest immer wichtige Zentren der europäischen Geschichte darstellten, nicht nur geographisch gesehen, sondern auch bezüglich ihrer Geschichte und Tradition –, daß die beiden großen Diktaturen und totalitären Systeme dieses Jahrhunderts, sowohl der Nationalsozialismus wie auch der Kommunismus, genuin europäische Phänomene sind. Diese Auseinandersetzung auf geistiger Ebene zu führen stellt eine zentrale Dimension dar, die über die einzelne nationale Aufarbeitung hinausgeht und im Rahmen derer wir miteinander das Gespräch führen sollten.

Sowohl der Nationalsozialismus als auch der Kommunismus waren Systeme, in denen Wahrheit und Macht gekoppelt waren. Der Monopolanspruch auf die Wahrheit und der Monopolanspruch auf die Macht waren verbunden. Für eine demokratische Tradition ist es dagegen von Bedeutung, daß es keinen Monopolanspruch auf Wahrheit gibt. Auch was die Mehrheit beschließt, hat zwar Anspruch auf Gültigkeit, nicht jedoch auf Wahrheit.

Damit komme ich zurück zu den Fragen, die Richard Schröder gestellt hat. Ich denke, die darin angesprochenen Dimensionen sind auch für unsere Gespräche wichtig. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Dr. Polochalo, das Wort zu ergreifen.

Dr. Wolodymyr Polochalo (Simultanübersetzung): Ich möchte einige Bemerkungen zum ehemaligen sowjetischen Raum äußern. Der Kontext und das wissenschaftliche Instrumentarium, von denen hier die Rede war, waren für mich hochinteressant. Die entsprechenden Ausführungen waren für mich von aller-

größtem Interesse, denn für den postsowjetischen Raum haben wir hierdurch viel Neues erfahren können.

Ich habe gehört, was Professor Wolff-Poweska über Polen und was Herr Gruša über Tschechien sagte. Ich bin davon überzeugt, daß man über den Totalitarismus und über seine Instrumente in der Vergangenheitsform reden sollte. Die Vergangenheit darf uns die Zukunft nicht verstellen. Hierzu wurde heute schon einiges gesagt. Die Überwindung des Totalitarismus ist sehr wichtig.

Es geht zum Beispiel darum, welche Folgerungen in Weißrußland oder in der Ukraine gezogen werden müssen. Es geht dabei auch um das Fortleben des ehemaligen sowjetischen Systems. Die postkommunistischen Systeme in Weißrußland oder in der Ukraine sind ja die letzten dieser Art in unserem Raum. Es handelt sich dabei um eine Art Hybrid und um eine Art Mimikry. Substantiell ist zu sagen, daß hier die Auseinandersetzung mit dem Postkommunismus auf ideologischer Ebene stattgefunden hat. Die ehemalige Nomenklatura – dazu gehören auch die Literaten und bestimmte Schichten in der Bevölkerung – ist doch nach wie vor totalitärem Denken verhaftet. Für viele postsowjetische Länder ist typisch, daß die Ideologie fortbesteht.

Die heutige Art von Postkommunismus, zum Beispiel in Weißrußland, zum Teil aber auch in Polen und Tschechien, unterscheidet sich von anderen Spielarten des Postkommunismus. Es gibt einen historischen Abstand zwischen den einzelnen Ländern. Dieser Abstand ist sehr viel größer geworden. Es geht dabei auch viel stärker um die Vergangenheit als um die Gegenwart, schon gar nicht zu sprechen von der Zukunft. Frau Professor Wolff-Poweska sprach von der demokratischen Stabilität und Stabilisierung, aber für die Ukraine oder für Weißrußland ist hierzu zu sagen, daß das alles noch ungewiß ist.

Der Totalitarismus muß bekämpft werden. Das gilt für alle Länder. Betonen möchte ich hierbei aber, daß der Totalitarismus im 20. Jahrhundert klassische Formen aufzuweisen hat. Heute erleben wir etwas, so glaube ich, das verlangt, daß wir stärker untersuchen müssen, was in den letzten acht bis neun Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion passiert ist. Wir müssen die Zeit, in der die betreffenden Länder unabhängig geworden sind, untersuchen. Wenn wir uns zum Beispiel die Ukraine anschauen, die wahrscheinlich von allen Sowjetrepubliken am allermeisten unter dem Totalitarismus gelitten hat – wir kennen ja alle die Opfer –, dann glaube ich, daß wir heute davon sprechen können, daß wir eine Kommission zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit brauchen. Das gilt auch für entsprechende gegenwärtige Systeme, die noch totalitärer Art sind. Wir wollen verhindern, daß eine totalitäre Zukunft entsteht. Wir brauchen vielleicht neue Begriffe und Kategorien und ein Instrumentarium, um die heutigen postkommunistischen Praktiken zu untersuchen und auch auszuwerten. Wir müssen die jeweiligen Unterschiede untersuchen; wir müssen differenzieren, denn es gibt ja Verschiedenheiten. In der Ukraine gibt es zum Beispiel nach wie vor totalitäre Hybride. Bestimmte Denkrichtungen bestehen weiter. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Der nächste Redner ist Dr. Alner aus der Slowakei. Sie haben das Wort.

Dr. Juraj Alner: Herr Schröder, Sie haben gesagt, daß Ihre Antwort auf die Frage selbstverständlich Ja sei. Dann kam die Frage nach dem Warum. Ich glaube, daß die nächste Frage dazu die nach dem Wie ist. Wie soll man mit der Vergangenheit jetzt umgehen, damit sie in der Bevölkerung akzeptiert wird? Das ist heute unser Problem. Es ist inzwischen eine Situation entstanden, in der sozusagen der Zeuge zum Richter geworden ist. Das mischt sich irgendwie. Auch das sollte man ein wenig klären.

Herr Gruša hat gesagt, daß Vergangenheitsbewältigung zugleich auch Gegenwartsbewältigung ist. Allerdings ist das ein Komplex von verschiedenen Fragen, die sich nicht nur auf die Frage des kommunistischen und des Nazi-Regimes beziehen, sondern der Komplex ist viel, viel breiter. Die Frage ist, ob wir das wirklich in dieser Breite besprechen sollen. Es gibt nämlich so etwas wie eine Genetik des Regimes, wie wir sagen. Spuren der Vergangenheit gehen immer weiter und weiter. Wir, pars pro toto die Slowakei, sprechen bei unserer Diskussion heute nicht nur über diese zwei Regime, sondern die Diskussion geht viel weiter zurück in der Geschichte, weil eben die Bewältigung der Vergangenheit in diesem breiten Sinne von uns noch nicht absolviert wurde. Ich glaube, daß das in den anderen Ländern ebenfalls so war.

Eine zweite Bemerkung: Bei diesem Vorgang heute entstehen verschiedene neue Hypotheken. Auch das ist ein Thema, daß man, statt die Hypotheken zu beseitigen, heute oft neue in dem Prozeß der Vergangenheitsbewältigung schafft. Man muß unterscheiden, wie sich die zwei Linien, die historisch-wissenschaftliche und die politische, entwickeln. Bei beiden gibt es aber auch Hypotheken. Eine dieser Hypotheken ist der von Herrn Schröder genannte antifaschistische Mythos. Dabei möchte ich darauf aufmerksam machen – das wurde schon diskutiert –, daß es ja eigentlich kein Faschismus war und man nur deshalb nicht über Nazismus spricht, weil man die Wörter Nationalismus und Sozialismus heute in manchen Kreisen in einem anderen Kontext verstehen möchte. Das Wort Faschismus ist eigentlich in diesem Zusammenhang auch ein Mythos.

Bei den Berichten aus den Ländern, die wir bekommen haben, gibt es auch noch Verschiedenes, wozu wir uns noch äußern möchten. Vielleicht wird dazu noch bei den anderen Themenkreisen Zeit sein, aber manches sollte man aufklären und sich dazu äußern. Alles weitere vielleicht am Nachmittag. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ihre Frage, die Sie gestellt haben, wage ich mit Ja zu beantworten: Es besteht nachher die Möglichkeit, dazu etwas in den einzelnen Arbeitssitzungen zu sagen. Hier findet ja jetzt ein erster Aufgalopp von uns statt. Als nächsten möchte ich Herrn Dr. Kovác, ebenfalls aus der Slowakei, um das Wort bitten.

Dr. Dusan Kovác: Ich muß zugeben, daß ich, wenn alle ja sagen, immer eine starke Neigung dazu habe, nein zu sagen.

(Heiterkeit)

In diesem Falle muß ich diese Neigung zum Spielverderber verdrängen und versuchen, die verschiedenen Gründe, warum es notwendig ist, an einem Beispiel zu demonstrieren.

In den letzten Jahren sind viele Journalisten in diese postkommunistischen Länder gekommen. Viele waren auch in der Slowakei. Sie haben mir als erstes die obligatorische Frage gestellt, warum es in der Slowakei so viele Probleme mit der Demokratie gibt. Auch das ist wahrscheinlich ein Stereotyp im Denken. Sicher gibt es in der Slowakei sehr viele Probleme mit der Demokratie, aber das trifft nicht nur auf die Slowakei zu. Momentan gibt es in der Slowakei ein starkes Problem nicht mit der Demokratie selbst, sondern mit den antidemokratischen Neigungen der Regierung. Meine Antwort auf diese Frage lautete immer so: Können Sie sich vorstellen, daß sich in einem Land, in welchem 40 Jahre lang ein totalitäres Regime herrschte, Menschen plötzlich von einem Tag auf den anderen demokratisch benehmen können? Ich bin kein junger Mann. Ich wurde während des Zweiten Weltkrieges in einem totalitären Regime geboren. Wie können Sie jetzt plötzlich von mir verlangen, mich demokratisch zu benehmen?

Wichtig ist: Es ist etwas anderes, für die Demokratie zu kämpfen, als in der Demokratie zu leben. Dazu braucht man Zeit. Das ist ein Prozeß. Die Menschen müssen sich ändern; sie müssen andere Gewohnheiten entwickeln. Herr Schröder hat gesagt, daß Demokratie nicht nur aus einem demokratischen System und freien Wahlen besteht, sondern daß es sich um eine Lebensweise handelt, die Zeit braucht. Ich glaube, daß man gerade durch diese Aufarbeitung den Prozeß etwas beschleunigen könnte, weil eine öffentliche Diskussion in der Gesellschaft nötig ist.

Damit bin ich bei einer zweiten Bemerkung: Ich kenne auch die Situation in anderen Ländern und glaube, daß uns ein wenig die innere Strukturierung des Problems fehlt. Wir werden über die juristische und die politische Seite noch weiter sprechen. Aber ich glaube, daß diese horizontale Teilung auch ihre vertikale Richtung hat. Dazu wieder ein Beispiel, das die juristische Seite des Problems anbelangt: Diese Sache scheint sehr einfach zu sein. Verbrechen bleibt Verbrechen. Aber ich stelle die Frage: Was heißt es, ein Verbrechen aufzuarbeiten? Man muß es verurteilen, aber die Aufarbeitung beginnt auf einer etwas tieferen Ebene. Hier ist die Wissenschaft gefragt. Das Problem muß wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Da sind wir wahrscheinlich noch am Anfang. Ich kenne nicht alle Länder gleich gut. Aber ich glaube: Eine Bestätigung dafür, daß wir noch am Anfang sind, ist die Tatsache, daß wir kein Wort für das System haben. Wir sprechen über Totalitarismus, aber es gibt viele totalitäre Regime. Wir sprechen über Kommunismus, aber auch das stimmt zumindest etymologisch nicht. Wir müssen also den Weg von der Verurteilung zur Verarbeitung noch ein bißchen gründlicher durchdenken.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Der nächste Redner ist Professor Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Als erstes möchte ich zunächst auf einige Fragen des heutigen Vormittags eingehen. Es wurde gesagt: Die Aufarbeitung und Durcharbeitung von Vergangenheit sei die Voraussetzung für die Etablierung von Demokratie. Dies war Konsens. Ich möchte aber hinzufügen – das klang bei Herrn Gruša an –, daß andererseits die Etablierung von Demokratie die Voraussetzung für die Aufarbeitung von Vergangenheit ist. Dieses muß mitgesehen werden, denn die Aufarbeitung muß in bestimmten Formen und nach bestimmten Regeln ablaufen, wenn sie nicht völlig instrumental sein soll. Das hieße dann, daß beide Prozesse kommunikativ miteinander verbunden werden müssen, ohne aber identisch zu sein. So würde ich es formulieren. Dieses gehört irgendwie zusammen und ist dennoch nicht identisch.

Mein zweiter Punkt: Zur Aufarbeitung gehören verschiedene Ebenen, die angesprochen wurden und die wir nacheinander diskutieren werden, also die rechtsstaatliche Aufarbeitung, der öffentlich-politische Diskurs, über den wir reden müssen, und die wissenschaftliche Rekonstruktion. Auch in diesem Fall müssen wir sagen: Es ist viel gewonnen, wenn diese Prozesse voneinander in gewisser Weise unabhängig sind. Das scheint mir wichtig zu sein, daß diese Prozesse auf verschiedenen Ebenen mit einer gewissen Autonomie ablaufen müssen. Zu den rechtsstaatlichen Prozessen gehört natürlich auch – das kam heute morgen ein wenig zu kurz – die Rehabilitierung von Opfern. Das ist ein wesentlicher Punkt, den wir in diesem Zusammenhang berücksichtigen müssen. Dazu noch eine Zusatzbemerkung: Diese Prozesse, auch die wissenschaftlichen, sind erfahrungsgemäß lange laufende Prozesse. Wir brauchen für diese Prozesse auf den verschiedenen Ebenen schlicht einen langen Atem, wenn wir sie bewältigen wollen.

Schließlich noch eine dritte Bemerkung: Auch von Richard Schröder ist wieder ein emphatischer Wahrheitsbegriff im Hinblick auf die Aufarbeitung genannt worden. Ich glaube, daß das verständlich und berechtigt ist. Hannah Arendt hat zu Recht gesagt, die Aufklärung über Vergangenheit sei wichtig und es sei typisch für posttotalitäre Gesellschaften, daß Tatsachen vielfach zu Meinungen verfälscht würden. Das ist sicher richtig. Umgekehrt ist natürlich auch die Wahrheit perspektivisch zu sehen. Es gibt eben verschiedene Sichtweisen der Vergangenheit – auch das klang hier an –, die jeweils legitim sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Richard Schröders Adresse bemerken: Als jemand, der in Westdeutschland sozialisiert wurde, fühle ich mich weder als Staatsbürger noch als Historiker in der Rolle eines Zuschauers. Ich habe vielleicht eine größere Distanz dazu, aber ich könnte meine Rolle nicht als die eines Zuschauers sehen, sondern als die jemandes, der heute mitgefordert ist, an bestimmten Prozessen der Klärung unseres Geschichtsbewußtseins mitzuwirken. So würde ich die Aufgabe bezeichnen. Die Rolle des Zuschauers wäre mir zu wenig.

Eine letzte Bemerkung, mein vierter Punkt: Viele Probleme in den verschiedenen mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern ähneln sich in gewisser Weise, aber sie sind wohl doch nicht identisch. Auch sind die Bedingungen vielfach doch sehr unterschiedlich. Insofern wäre es sehr wichtig, etwas über die spezifi-

schen Bedingungen zu hören, die es ermöglichen, voneinander zu lernen. Aber die Wege selbst werden unterschiedlich sein müssen, weil die jeweiligen Bedingungen anders sind. Eine Vernetzung unterschiedlicher Aufarbeitungsprozesse auf der internationalen oder transnationalen Ebene könnte das sein, was wir anstreben müssen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich eile weiter und erteile Herrn Dr. Pucnik aus Slowenien das Wort.

Dr. Joze Pucnik: Danke, Herr Vorsitzender. Weil ich heute nachmittag noch über die spezielle Lage in Slowenien spreche, beschränke ich mich jetzt nur auf eine Frage und ein Phänomen, das mir sehr interessant erscheint. Das ist das Phänomen, daß ich die Entstehung und Entwicklung einer Ideologie gegen die Aufarbeitung des totalitären Erbes nennen möchte. Es geht ganz bestimmt nicht um eine ausgearbeitete Ideologie, sondern um ein Kompendium von Argumenten, die meines Wissens nicht nur in Slowenien, wo wir mit der Aufarbeitung noch nicht oder nur kaum angefangen haben, sondern auch in einigen anderen Ländern auftauchen.

Ich skizziere einige Argumente, die in diesem Zusammenhang auftauchen:

Erstens. Es geht um die Zukunft. Was soll die Geschichte? Es geht um die Jugend und um Arbeitslosigkeit, um Arbeitsplätze usw. Warum jetzt Arbeit, Energie und Mittel bei dieser sogenannten Vergangenheitsbewältigung verlieren?

Zweitens. Das Phänomen des Kommunismus ist ungeheuer komplex. Das ist zwar wahr, aber das wird bei uns mit der Intention betont, daß wir jetzt der Wissenschaft ein paar Jahrzehnte Zeit geben und uns erst, wenn diese Ergebnisse auf dem Tisch liegen, weiter mit diesem Phänomen beschäftigen sollten.

Drittens. Es geht um den Vorwurf, daß diejenigen, die Initiativen zur Auseinandersetzung mit diesem Erbe ergreifen, nicht über die notwendige Objektivität verfügen. Es wird ihnen in die Schuhe geschoben, daß sie Revanchismus üben wollten oder Rachegefühle hätten oder ähnliches. Ich will nicht abstreiten, daß es auch so etwas geben kann, aber hier geht es meiner Meinung nach um den Versuch, die Intention, sich mit diesem Phänomen zu beschäftigen, zu diskreditieren.

Viertens. Was sollen die politischen Initiativen bei diesem Phänomen? Es geht hier um eine komplexe gesellschaftliche Problematik, die wiederum – wie schon im vorherigen Punkt – nur ein Gegenstand der komplexen und interdisziplinären Wissenschaft sein dürfte.

Am Ende taucht in verschiedenen Varianten das Argument auf, daß doch in diesen Zeiten nicht alles schlecht war. Als ob es darum ginge, was gut war. Man redet davon, daß das Bruttosozialprodukt gewachsen sei, neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien, im Schulwesen sich mancherlei zum Besseren entwickelt habe usw. Das stimmt natürlich auch alles mehr oder weniger, aber darum geht es ja nicht. Mit diesem Argument wird im Grunde versucht zu verwischen, daß bei Gesprächen über den Totalitarismus der kommunistischen Zeit über die

eklatanten Vergehen gegen die grundlegenden Menschenrechte geredet wird und nicht darüber, daß es Frühling und Winter gab, daß die Flüsse geflossen sind und daß es Regen gab, daß die Holzmassen in den Wäldern einen Zuwachs zu verzeichnen hatten usw. Es geht vielmehr um die Verstöße. Wenn man sagt, es war nicht alles schlecht, entgegne ich: Sicher war nicht alles schlecht; ganz sicher gab es im sozialen Bereich in den einzelnen Ländern auch positive Verschiebungen und Entwicklungen, aber natürlich kann man deswegen die geschehenen Verbrechen nicht einfach vergessen. Ich würde für die Länder – zu denen gehört auch Slowenien –, in denen wir ein relativ niedriges politisches Bewußtsein, eine relativ niedrige wirtschaftliche Basis und eine relativ geringe demokratische Erfahrung in der Vergangenheit zu verzeichnen haben, folgendes als Hypothese behaupten: In solchen Ländern haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das ich als allgemeinen Zustand des Geistes bezeichnen würde. Das ist die Neigung – kein Schuldgefühl, es ist viel komplexer – zu sagen: Was soll das Ganze? Was bringt das Ganze? Es geht tatsächlich um die Banalität des Alltags. Deswegen sollte man all das beiseite schieben.

Abhilfe – damit möchte ich schließen – könnte meiner Meinung nach dadurch geschaffen werden, daß wir in Europa daran arbeiten, zu einem Konsens in den wesentlichen Fragen des kommunistischen Totalitarismus zu kommen. Einen ersten Schritt stellt schon die Resolution des Europarates aus dem Jahre 1996 dar. Dort steht schon vieles drin. Aber man müßte vermutlich zu konkreteren Charakterisierungen kommen, die man dann in den einzelnen Ländern nicht mehr so willkürlich umbiegen kann, wie das mit dieser Resolution 1096 heute gemacht wird, wo jeder nur die Absätze der Resolution liest, die pro domo und für bestimmte Interessen günstig klingen, aber die Gesamtaussage und -botschaft außer acht läßt.

Noch ein letzter Satz: Ich glaube nicht, daß Länder wie Slowenien mit diesen Charakteristika, über die man natürlich genauer reden müßte, ohne geistige Hilfe, ich denke hier nicht an materielle Hilfe, mit dieser Problematik fertigwerden können. Ich glaube, daß man hier auch in der Richtung arbeiten müßte, eine Institution – ich will jetzt nicht in die Details gehen; das ist mehr eine organisatorische Frage – einzurichten. Denn mit eigener Kraft kann man sich selbst nicht aus dem Morast herausziehen. Danke schön, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Pucnik. Als nächster spricht Petr Uhl aus Tschechien.

Petr Uhl (Simultanübersetzung): Meine Damen und Herren! Auch ich möchte gerne einen Beitrag zum Thema der internen Strukturierung der Probleme leisten, ähnlich wie es mein Kollege Dusan Kovác schon getan hat. Ich möchte etwas zur Problematik der Strukturierung sagen. Es geht um Probleme, die intern miteinander verbunden sind, aber dennoch jeweils sehr verschieden voneinander sind, so daß sie doch getrennt und gesondert voneinander bearbeitet werden müssen. Man darf sie nicht durcheinander werfen. Das eine betrifft die Rehabilitierung der Opfer, sowohl die moralische als auch die materielle Rehabilitierung. Zum anderen geht es um die Bestrafung der Verbrechen und drittens um eine

eventuelle Ermittlung der Verantwortlichen der ehemaligen Regime, viertens um Öffnung der Archive und fünftens um die Verbreitung der neueren Geschichte und der Lehren, die daraus für die geistige und psychische Gesundung der Gesellschaft gezogen werden sollen.

Ich möchte nun gerne ganz kurz auf diese fünf Punkte eingehen, weil – wie früher die Tschechoslowakei – heute die Slowakische und die Tschechische Republik mit diesen Problemen konfrontiert sind. Wir sind konstant und auch auf etwas unterschiedliche Art damit konfrontiert.

Gemessen an dem, was die Opfer erlitten haben, ist die Rehabilitierung das allererste, was getan werden muß. Das ist nach meiner Ansicht durch die Gesetze von 1990 schon ausreichend geschehen. Dadurch – man kommt auf dieses Thema immer wieder zurück – erweist man den Opfern Respekt und gewährt ihnen auch einen finanziellen Ausgleich. Die Tschechische Republik und auch die Slowakei sind dieser Aufgabe im Sinne eines Rechtsstaates gerecht geworden.

Nun zur Bestrafung der Verbrechen. Hier handelt es sich um ein äußerst kompliziertes Problem, mit dem wir uns sicher noch heute nachmittag und morgen befassen werden. Als allererstes muß man in diesem Zusammenhang daran denken, daß es ja um eine Vorgehensweise geht, die durch ein tschechisches Gesetz geregelt wird. Es gibt Kritik, die besagt, daß all das ja letztlich eine Art Rache der Sieger gegenüber denjenigen sei, die die Schlacht verloren haben.

Dieses ist natürlich ein sehr komplexes Problem, gerade weil es auch um die rückwirkende Wirkung der Gesetze geht. Wir haben in der Tschechischen Republik gerade vor dem Verfassungsgericht ein von verschiedenen Gerichten aus einzelnen Landesteilen beantragtes Verfahren anhängig. Die Frage ist noch nicht entschieden worden. Es geht um die Verantwortung der Machthaber im alten Regime. Das ist etwas anderes als die Bestrafung. Auch dafür haben wir neue Gesetze. Mit diesem Problemkomplex auf moralischer und politischer Ebene haben wir sicher noch lange zu tun.

Als nächstes möchte ich eine Frage beantworten, die hier gestellt wurde. Der garantierte Zugang zu den Akten, das heißt die Öffnung der Archive, ist in der Tschechischen Republik durch ein Gesetz geregelt worden, das seit einigen Monaten, seit September 1997, in Kraft ist. Dieses Gesetz besagt, daß jeder tschechische Bürger oder ehedem tschechoslowakische Bürger das Recht hat, Einsicht in seine Akten zu nehmen, um dort die Informationen zu suchen, die von der ehemaligen politischen Polizei zusammengetragen und vermerkt worden sind. Das ist so ähnlich wie in Deutschland geregelt. Wir haben das deutsche System ein wenig kopiert. Es hat aber trotzdem Kritik in bezug auf die Art der Öffnung der Archive in meinem Land gegeben.

Ich komme zum Punkt 5, dem wichtigsten Punkt, über den wir immer wieder sprechen müssen. Das ist die Aufklärung über die neuere Geschichte, das stetige und ständige Verbreiten von Informationen über Verbrechen und über die Verfahrensweise der politischen Polizei des ehemaligen Regimes. Es handelt sich um eine Aufgabe, die wir alle gleichermaßen erfüllen müssen.

Ich möchte hier gerne bekräftigen, daß wir ohne die Hilfe der demokratischen Welt, insbesondere der westeuropäischen Länder, nicht in der Lage sind, wie es sich gehört, Lehren aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit zu ziehen. Der Stalinismus ist ein internationales Phänomen. Ihn und den Totalitarismus in jeder Form müssen wir auch heute noch bekämpfen. Aber nur durch die Kenntnis unserer eigenen Geschichte ist uns dies möglich.

Zum Schluß ein Satz von Adam Michnik, meinem Freund aus Polen. Ich darf ihn so nennen; ich schätze ihn sehr. Er hat im Zusammenhang mit den Verbrechen der kommunistischen Regime in der Vergangenheit folgende These geäußert: Man müsse eine Amnestie gewähren, aber man dürfe nie der Amnesie, der Gedächtnislosigkeit, anheimfallen, weil dadurch eine Kluft entstehe, die uns zwar juristisch von der Vergangenheit trennt, die aber keine Probleme löst. Man dürfe die Vergangenheit nie vergessen, man müsse immer an sie erinnern, damit sich die Geschichte nicht genauso wiederholen könne. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Petr Uhl. Als letzter in dieser Runde spricht Herr Hegedüs aus Ungarn. – Bitte schön.

András B. Hegedüs: Danke schön, Herr Vorsitzender. Es ist keine gute Ausgangsposition, als Letzter vor der Mittagspause zu sprechen. Ich werde mich daher kurz fassen. Wir sind alle einer Meinung und haben auf die Hauptfragen – ich möchte sie nicht wiederholen – mit Ja geantwortet. Es ist keine große Überraschung, denn man hat uns wahrscheinlich dementsprechend ausgewählt.

(Heiterkeit)

Diese Auswahl ist nicht manipulativ, sondern sie ist richtig. Ich hätte die Auswahl genauso getroffen. Es handelt sich um Grundfragen, in denen wir einer Meinung sind. Ich möchte einen Schritt weitergehen. Es freut mich sehr, daß alle Kollegen aus den Nachbarländern Ungarns ja gesagt haben: die slowakischen Freunde – obwohl sich die Beziehung zwischen unseren Staaten in einer peinlichen Situation befindet; aber in dieser Frage stimmen wir überein –; der Kollege aus der Ukraine, mit der wir keine außenpolitischen, aber sehr viele nachbarschaftliche Probleme haben, hat ebenso ja gesagt wie die Kollegen aus Rumänen, mit denen ich gestern noch längere Zeit gesprochen habe. Auch mit den Slowenen gibt es keine kontroverse Diskussion. Die Tschechen sind keine direkten Nachbarn. Die Polen muß ich nicht nennen, weil wir mit ihnen immer einverstanden sind. Ich möchte aber nicht zu populistisch sein.

Es klingt ein bißchen witzig, aber ich meine es selbstverständlich sehr ernst: Dieser geographisch sehr komplizierte Teil Europas – es ist ganz unwichtig, ob es Osteuropa, Mitteleuropa oder Südosteuropa ist – ist in der Frage, wie die totalitäre Gesellschaftsordnung und das kommunistische Erbe aufgearbeitet werden soll, einer Meinung. Ich bin sehr einverstanden mit dem Bundestagsabgeordneten Meckel, der sagt, daß dies auch eine Frage an den Westen ist. Das ist ein ziemlich neuer Gedanke. Vielleicht könnten wir ihn heute ein bißchen vertiefen. Wenn wir dieser Meinung sind, dann können wir sagen, daß es sich um eine gesamteuropäische Frage handelt.

Ich möchte nun einen kleinen Vorschlag machen, über den wir dann diskutieren können: Vielleicht wäre es günstig, wenn wir morgen oder – wenn wir keine Zeit mehr haben – zu einem späteren Termin eine Deklaration in bezug auf diese Probleme, die wir in gleicher Weise beurteilen, formulieren. Für den Zeitpunkt dieser Deklaration kann man zwei Gründe angeben. Der erste Grund ist, daß wir jetzt das erste Mal in Berlin – genauer: in Ostberlin – zusammentreffen. Der zweite Grund ist, daß die Enquete-Kommission ihre Arbeit nun – ich möchte sagen: leider – beendet. Die Arbeit, die sie geleistet hat und die wir kennen, ist großartig. Diese Arbeit ist in unseren Ländern von Polen bis Albanien und selbstverständlich auch in Ungarn noch nicht geleistet.

Ich möchte die entsprechenden Punkte kurz aufzählen: Wir könnten eine kurze Deklaration über das Problem der moralischen, ethischen und politischen Zusammenhänge verabschieden. Wir könnten unseren gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich der Akten, der Datenverarbeitung und der persönlichen Rechte formulieren. Wir könnten unsere gemeinsamen Anschauungen formulieren hinsichtlich der moralischen und politischen Rehabilitation. Wir könnten daneben auch die Anschauungen formulieren bezüglich des Problems der Wiedergutmachung und des Schadensersatzes, in denen wir nicht übereinstimmen. Die Entwicklung ist in allen Ländern schon sehr weit fortgeschritten. Ich bin nicht sicher, ob dieses Problem in allen Ländern schlecht gelöst worden ist. Aber ich bin sicher, daß es in Ungarn der Fall war.

Das Wichtigste wäre: Wir können eine gemeinsame Deklaration über die wissenschaftliche Aufarbeitung und die internationalen Zusammenhänge machen. In Ungarn haben wir sehr gute Fortschritte erzielt. Darüber werde ich vielleicht heute nachmittag oder morgen noch etwas detaillierter sprechen.

Ich bin sehr optimistisch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Rumänien. Wir haben eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, aber wir haben fast gar keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den anderen Ländern. Ohne diese Zusammenarbeit können wir das Problem – ich komme jetzt auf Europa zurück – nicht unter europäischen Gesichtspunkten lösen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich danke Ihnen auch für Ihren konkreten Vorschlag, auf den wir sicherlich in den nächsten Stunden noch zurückkommen werden. Ich möchte die drei nächsten Redner, die vor der Mittagspause noch zu Wort kommen, darum bitten, jeweils fünf Minuten nicht zu überschreiten. Ich möchte Sie, liebe Frau Professor, bitten, zu beginnen.

Prof. Dr. Anna Wolff-Poweska: Ich möchte kurz die Fragen beantworten, die mir direkt gestellt wurden. Andere Bemerkungen möchte ich heute nachmittag machen. In der Frage von Professor Weber ging es um die Wissenschaft. Die Wissenschaft in Polen steht wie in allen postkommunistischen Ländern vor der anspruchsvollsten und wichtigsten Aufgabe, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht. Die Wissenschaftler haben die Chance – abseits der Politik – sine ira et studio mit vollem Zugang zu Archiven diese Probleme zu erwägen.

Ich persönlich lege sehr großen Wert darauf, daß komparatistische Studien gemacht werden. Hier liegt für mich ein großes Problem, nämlich: Soweit ich weiß, werden Forschungsprojekte meistens mit deutschen Kollegen realisiert. Die Art und Weise der Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland kann man nicht mechanisch auf uns übertragen, weil es eine ganz spezifische Transformation durch die Vereinigung gab. Alle Kollegen aus den postkommunistischen Staaten können bestätigen, daß es kaum oder keine Forschungsprojekte gibt, die von Wissenschaftlern aus allen postkommunistischen Staaten gemeinsam realisiert werden. Ich erfahre von der Aufarbeitung der Vergangenheit in Tschechien, der Slowakei und Slowenien durch die deutsche oder englische Literatur. Aber der direkte Austausch zwischen den Wissenschaftlern aus allen postkommunistischen Staaten ist sehr schwach entwickelt.

Sie haben auch nach dem Zugang zu Archiven gefragt. In Polen wurden zwischen 40 und 50 Prozent der Akten vernichtet. Selbst in Danzig, der Wiege der Revolution und der Oppositionsbewegung, sind nur 5 Prozent der Akten und Dokumente aus dieser Zeit übriggeblieben.

Der Zugang zu den Akten soll dieses Jahr geregelt werden. Ende 1997 wurde vom Präsidenten ein Entwurf eines neuen Lustrationsgesetzes im Sejm eingebracht. Dazu wurde eine – man kann es wörtlich übersetzen – „Kommission des öffentlichen Vertrauens“ gegründet. Diese Kommission soll aus Leuten, die nichts mit der Politik zu tun haben, bestehen.

Professor Wilke hat gefragt, welche Rolle die Emigrationsliteratur in Polen spielt. In den letzten Jahren nach der Wende gab es nicht nur dokumentarische, sondern auch wissenschaftliche und journalistische Arbeiten und Monographien, die von Emigranten, Historikern und Journalisten geschrieben wurden. Das ist verständlich, denn sie haben die notwendige Distanz und den Zugang zu den Akten. Es geht um die ganze Gulag-Literatur, die sich mit den sowjetischen Verbrechen beschäftigt. Die bisher einzige wissenschaftliche Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus wurde von Andrzej Walicki, der meistens im Ausland lebt, geschrieben.

Es wurde auch die allgemeine Frage gestellt, wie man Verfälschungen vermeiden kann. Es gibt viele Fragen, auf die es keine eindeutige Antwort gibt. Diese Frage gehört dazu. Es gibt viele Dinge, die wir noch nachholen müssen. Es geht um unabhängige Medien, Wissenschaft und Vermittlungsinstitutionen zwischen Bürgern und Staat. Staatliche Institutionen allein reichen nicht aus. Vor allem brauchen wir – ich denke an die Transformationsländer – die Institutionen der politischen Bildung und verschiedene Akademien. Bisher haben wir solche Institutionen nicht. Außerdem brauchen wir neue Schulbücher. Das ist ein langer Prozeß. An den Schulen und Universitäten befinden sich dieselben Lehrer und Wissenschaftler, die schon früher dort waren. Man kann die Verhältnisse also nicht von heute auf morgen ändern.

Eine letzte Bemerkung zu dem Kollegen, der vorhin den berühmten Satz von Michnik erwähnt hat: Michnik, den auch ich sehr schätze, gehört heute zu den

meistkritisierten Menschen in Polen. Diese Kritik entstammt der Tatsache, daß er sehr kompromißbereit ist und zu viel mit den ehemaligen Eliten zu tun hatte. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie schwer es ist, eine Kompromißlösung zwischen diesen beiden Orientierungen zu finden. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Als nächster hat Jirí Gruša das Wort.

Jirí Gruša: Man kann unsere Diskussion in vier Schlagwörtern, die mit „R“ beginnen, zusammenfassen: Rehabilitation, Retribution, Restitution und Reconciliation. Die Reihenfolge ist richtig. Ich habe meine Schwierigkeiten, wenn die Aufarbeitung der Vergangenheit ohne Reconciliation durchgeführt werden sollte. Der Präfix „Re“ zeigt, daß wir etwas zurückgeben wollten. Mit meiner Bemerkung in meiner Einführungsrede wollte ich ausdrücken, daß das „Re“ eigentlich die Realität von heute und nicht von damals ist. Das ist alles, was ich dazu sagen will.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Richard Schröder bitte.

Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder: Ich will nur zu dem Hinweis Stellung nehmen, daß Demokratie als Verfahren nicht genüge. Es müsse eine demokratische Lebensweise hinzukommen. Dieser Hinweis sollte eine Kritik an meiner Bemerkung sein, die Institutionen der Demokratie zu akzeptieren.

Ich will daran erinnern, daß zu DDR-Zeiten der Kommunismus seinen Anspruch auf Machtausübung auf folgende Weise legitimiert hat: Wir machen das alles viel einfacher, wir lassen den ganzen Formalkram weg. Es ist für den Normalbürger eine schwierige Aufgabe, zu realisieren, wie jetzt die Zuständigkeiten verteilt sind.

Ich gebe Ihnen ein banales Beispiel: Als ich noch Fraktionsvorsitzender war, ging ich einmal zur Post. Dort gab es eine lange Schlange, und eine Frau sagte zu mir: Sorgen Sie einmal dafür, daß hier zwei Beamte sind! Auf die Frage, wie sie darauf komme, sagte sie: Ich weiß, wer Sie sind. Also die Vorstellung, daß jemand da oben für alles zuständig sei, ist immer noch vorhanden. In Versammlungen wird gesagt, daß sich der Ministerpräsident einmal darum kümmern solle, daß die Richter eine andere Rechtsprechung praktizieren.

Unterschätzen Sie also die Verfahren in der Demokratie nicht, denn ohne Verfahren gibt es keine Demokratie! Ich habe schon darauf hingewiesen, daß nach meinem Verständnis in der Demokratie – im Gegensatz zu der marxistischen Anthropologie – die Machtkontrolle der zentrale Punkt ist. Diese Kontrolle gibt es nur durch verteilte Zuständigkeiten. Ich sage nicht, es käme nicht auf Kompromißfähigkeit und die diskursive Kompetenz, die Fähigkeit, den Streitpunkt, der zwischen dir und mir besteht, exakt zu erfassen, an. Der Hauptlernbedarf besteht offenbar darin, zu erkennen, daß wir in einem Gemeinwesen mit verteilten Kompetenzen leben.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir einer Meinung. Ich möchte all denjenigen danken, die durch ihre Beiträge und durch ihr Zuhören zum Gelingen der ersten Einheit beigetragen haben. Ich bin gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitssitzung nach dem Mittagessen nichtöffentlich ist. Das heißt, nur diejenigen dürfen daran teilnehmen, die von der Enquete-Kommission ein entsprechendes Schild erhalten haben. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Appetit und unterbreche die Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 13.26 Uhr